

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Vestelgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Blauproschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die jährliche Nummer früh 6 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Herrenhauses hat den Grundzügen des konservativ-liberalen Wahlrechtskompromisses zugestimmt.

In Mittel-China ist ein Aufstand gegen die Fremden ausgebrochen.

Bei einem Ballonunglück in Niedersachsen haben zwei Leipziger den Tod gefunden.

Konservativ-nationalliberales Geplänkel.

Leipzig, 18. April.

Der Sieg der Nationalliberalen in Ostpreußen stimmt die Realpolitiker der nationalliberalen Partei zu so frühlichen Stegesshymnen, daß man unwillkürlich an jenen in der Wüste vor Durst sterbenden Menschen denken muß, dem die Kata Morgana plötzlich wasserreiche Oasen vorgegaukelt. Wie komisch aber auch die Rodomontaden der nationalliberalen Presse wirken mögen, die Zuversicht der Konservativen macht dennoch einen etwas gekünstelten Eindruck. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, daß im ostpreussischen Kranz der Junker etwas vorgeht, was die Junker beunruhigt und den Nationalliberalen den Sieg brachte. Die Bewegung unter den Bauern, die der liberale Bauernbund zu entfachen sucht, erklärt den nationalliberalen Sieg gründlicher als die „amerikanische“ Agitationsweise der Nationalliberalen, über die die Konservativen klagen, womit keineswegs gesagt sein soll, daß die Nationalliberalen eine evangelisch reine Agitation getrieben hätten. Die deutschen Bauern im Osten, wie die Masuren aus Ostpreußen, möchten auch etwas von der Ostpreußenpolitik der Regierung profitieren, sie wollen ihren Grund und Boden vergrößern. Bis jetzt kam nämlich die Arbeit der Ansiedlungskommission fast ausschließlich den Junkern zugute. Hierzu kommt der Streit um die Vertretung in den Reichstagen, die ausschließlich auf die Junker zugeschnitten ist. Diese Mißstimmung der Bauern wurde also vom liberalen Bauernbund ausgeglichen, und die Schifanierung seiner Anhänger durch die junkertreuen Landräte vergrößerte noch die Erbitterung der Bauern, die sich schließlich zusammaten und die durch den Abfall der nationalliberalen „Mittläufer“ schon vorbereitete Niederlage der Konservativen noch eindrucksvoller gestalteten.

Natürlich ziehen die Konservativen aus diesen Tatsachen nicht die Lehre, daß es notwendig sei, eine weniger

einseitige Junkerpolitik in den Ostmarken zu führen und auch dem Bauer etwas vom Tische fallen zu lassen. Sie erklären von der Kanzel der Kreuzzeitung: wir wollen den Nationalliberalen in der Agitationsmethode nahefeiern. Zwar waren sie auch bisher in der Auswahl ihrer Agitationsmittel nicht sehr wählerisch, aber sie waren nicht überall auf den Gebrauch aller Mittel angewiesen. Wo nämlich die Bevölkerung besonders indifferent war, wie die masurische, dort waren sie die geborenen Abgeordneten, und wenn die Sache nicht schnell genug ging, so leistete der Herr Landrat mit sanftem Druck Geburtshilfe. Jetzt wollen sie ihre Politik „demokratisieren“, und werden dabei nach der vom Abgeordneten Malke witz noch vor zwanzig Jahren gestellten Forderung, an die die Kreuzzeitung heute erinnert, „mehr Demagogie“ treiben. Natürlich, im besten Sinne des Wortes, wie die Kreuzzeitung ergänzend beifügt.

Aber damit ist der Nachdurst der Junker nicht gestillt. Dringen die Nationalliberalen nach Osten, gut, wir werden sie im Westen auffuchen, also erklärt der konservative Offiziosus. Und er entwirft sofort den Plan der Kampagne:

Es ist unbedingt nötig, daß sich die Industrie nicht mehr bloß durch Professoren, Bankiers und Generalsekretären in den Parlamenten vertreten läßt, sondern daß sich in ihren Reihen Opferwillige und Sachverständige finden, die den Wahlkampf und die Arbeit im Parlament nicht scheuen. Sie selber sind in der Tat im Parlament unentbehrlich, in jeder bürgerlichen Partei, und da die Parteien sich davon zu überzeugen beginnen, werden sie sich wohl auch in einigen Wahlkreisen bereit finden lassen, einen ihnen nahestehenden Industriellen zu wählen. Wir müssen in den Parlamenten wieder die Stimme des Idealismus vernehmen, der unsere Industrie besetzt und sie groß gemacht hat. Niemand kann ihn verkünden, in dem er nicht lebt und wirkt. Nicht „Interpreten“ des industriellen Geistes brauchen wir im Parlament, sondern ihn selber.

Es ist nicht ohne Ursache, daß der nach den ostpreussischen Ställen riechende Idealismus der Junkern nicht genügt, daß sie sich auch nach dem Idealismus der Schlotbarone sehnen. Die letzten liberalen Wäuren im Nationalliberalismus, die liberale Schminke, mit der sich diese Partei der politischen Prostitution noch schmückt, und die die Junker entfernen möchten, weil sie die Nationalliberalen manchmal wankend in ihrer reaktionären Politik macht — das alles sind Produkte von Wahlkalkulationen. Die Nationalliberalen als Partei sind genötigt, mit der Stimmung ihrer Wähler zu rechnen und weil ihre Wähler sich größtenteils aus städtischer Bevölkerung rekrutieren, so müssen die Nationalliberalen nicht nur von Zeit zu Zeit für eine sozialpolitische Wasseruppe stimmen, sondern auch politisch sich manchmal den Junkern entgegenstellen. Diese Taktik der nationalliberalen Berufspolitiker ist auch den Fabrikanten ein Greuel; sie verstehen, kurzfristig wie sie sind, nicht, daß auch die traste

bürgerliche Interessenpartei aus Rücksicht auf ihr Parteiinteresse etwas von den Interessen ihrer Brotgeber opfern muß, weil ihr ihre Hünner zwar Geld für die Wahlen, aber keine Wähler sichern können. Aus dieser Stimmung der Fabrikantenkreise heraus hatte sich doch die Agitation des Scharfmachers Tille gegen die Nationalliberalen und der Gedanke an eine „Arbeitgeber“partei entwickelt, der den Nationalliberalen einen Heidenkrieg einjagte. Und hier wollen die Junker den Hebel ansetzen. Je mehr Fabrikanten selbst in die nationalliberale Reichstagsfraktion hineinkommen, desto schneller wird die oppositionelle Wacke vom Gesicht der Nationalliberalen gerissen. Denn wenn die direkt aus der Ausbeutungswelt kommenden Scharfmacher die Nationalliberalen bewegen werden, in sozialpolitischen Angelegenheiten mit der Partei der brutalsten Ausbeutung konsequent Hand in Hand zu gehen, werden sie diese auch in politischen Angelegenheiten an die Junker binden, und so erst recht zum Prügelknaben der Junker machen. Und wenn es erst gelingen würde, die Fabrikanten mit den Nationalliberalen in Konflikt zu bringen! Heiß! Da würden die Nationalliberalen aus Furcht vor der Leere in ihren Kriegsklassen, die in Rheinland-Westfalen gefüllt werden, jede oppositionelle Geste verlieren. Das ist des Pudels Kern!

Wie lange die Bourgeoisie eine solche Politik nicht nur der kräftesten, sondern auch der nacktesten Profitinteressen treiben könnte, steht auf einem andern Blatt. Die Junker können keine weitläufige Politik treiben, und was sich die ferne Zukunft, wenn es sich um den nächsten Tag handelt. Man kann heute keinesfalls mit Bestimmtheit feststellen, ob ihre Taktik bei den Fabrikanten ziehen wird. Die im Lande wachsende Erregung kann diese eiterseits auf den Gedanken bringen, mit einer oppositionellen Politik ihre Ziele zu verfolgen. Andererseits ist es wahrscheinlicher, daß sie aus Angst vor der allgemeinen Dämmerng aller bürgerlichen Götter die scharfmacherische Seite hervortreten werden, sobald die Bewegung der Massen höhere Wellen schlägt. Wie es auch sein mag, der reaktionäre Charakter der Nationalliberalen kann nicht geschwächt werden, haben sie doch in Ostpreußen ihren Wählern immer wieder bewiesen, daß sie gerade so für den Schutz sind, wie die Agrarier. Und die Nationalzeitung schreibt siegestrunken: Unter diesem Zeichen wollen wir siegen. Wer das im Auge behält, wer weiter weiß, daß die nationalliberalen Stimmen in Ostpreußen mit einer Propaganda geworden wurden, die in der direkten Berufung auf den persönlichen Willen Gottes und seiner Heiligen, der ultramontanen Zentrumspropaganda nicht nachstand, der wird den Sieg des „Liberalismus“ in Ostpreußen mit verständnisvoller Heiterkeit begrüßen.

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Maifeier!

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris. Einzige berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempel.

62] Nachdruck verboten.

Aber Frau Cedarquist hörte nicht mehr. Ihre Wlcke waren auf das üppige Haar des Malers geheftet, eine dicke glänzende Mähne, die bis über seinen Kolltragen herabreichte.

„Löwenhaft!“ murmelte sie, „löwenhaft! Wie der Simson der Bibel.“

Im nächsten Augenblick war ihr schon etwas anderes eingefallen.

„Ich muß eilen!“ rief sie. „Ich verkaufe ja heute Lose für Sie, Herr Hartrath. O, und mit solchem Erfolg! Schon fünfundzwanzig. Du wirst gewiß zwei Lose haben wollen, lieber Kesse, und, apropos, ich habe etwas so Erfreuliches mitzuteilen. Sie müssen wissen, ich bin eine der Vorstandsdamen des Subscriptionskomitees für unsere Ausstellung, und wir sind, wie Sie wissen, an Herrn Shelgrim mit der Bitte herangetreten, die Sache zu unterstützen. O, was für ein freigebiger Gönner, ein wahrer Lorenzo di Medici! Denken Sie nur, er hat im Namen der P. und S. W.-Eisenbahn fünftausend Dollar gezeichnet — und da reden die Leute noch von der Knauerigkeit der Eisenbahn.“

„Möglicherweise tut er das in seinem Interesse.“

meinte Presley. „Die Leute fahren doch mit seiner Bahn zu der Ausstellung und den Festlichkeiten.“

„Ah, du Philister,“ rief Miss Cedarquist. „Von dir muß ich so etwas hören! Solch niedrige Beweggründe unterzuschieben —“

„Wenn die Dichter so materiell werden, Herr Presley,“ warf Hartrath dazwischen, „was sollen wir da dem Volke sagen?“

„Und Shelgrim unterstützt eure Millionen-Dollar-Ausstellung,“ hörte man plötzlich jemand dicht hinter Presley sagen, „weil dadurch dem Volke Sand in die Augen gestreut wird.“

Man wandte sich um und sah Cedarquist, der sich unbemerkt der Gruppe genähert hatte und dem Laufe der Unterhaltung gefolgt war. Er sprach aber ohne Bitterkeit und zwinkerte sogar belustigt mit den Augen.

„Jawohl,“ sprach er lächelnd weiter, „unser lieber Shelgrim fördert eure Ausstellungen, und nicht nur aus dem Grunde, weil ihm, wie Presley sagt, so was Geld bringt, sondern hauptsächlich deshalb, weil jedermann sich amüsiert, sich zerstreut und die Aufmerksamkeit des Volkes von dem Tun und Treiben der Bahn abgelenkt wird. Als Beatrice noch ein Baby war und manchmal ein bißchen Leibschmerzen hatte, da kitzelte ich immer mit dem Schlüsselbund vor ihrer kleinen Nase herum; das lenkte ihre Gedanken von den Schmerzen im Bäuchelchen ab. Shelgrim macht's gerade so.“

Die andern widersprachten zwar, lachten aber gutgelaunt. Frau Cedarquist erhob warnend den Finger und rief dem Maler zu:

„Philister über dir, Simson!“

„Ich höre übrigens,“ bemerkte Hartrath, der dem Gespräch eine andre Wendung geben wollte, „daß Sie Mit-

glied des Komitees zur Vinderung der Hungersnot sind. Machen Sie gute Fortschritte?“

„O, großartige, kann ich Ihnen sagen,“ entgegnete Frau Cedarquist. „Wir haben den Anstoß zu einer ungeheuren Bewegung gegeben. Diese armen Geschöpfe! Die Photographien sind einfach entsetzlich. Neulich hatte ich das Komitee zum Lunch bei mir, und dann wurden die Bilder herumgezeigt. Aus allen Teilen des Staates laufen Beiträge ein, und Cedarquist trifft bereits Anordnungen für das Schiff.“

Das Komitee, von dem man sprach, war einer der zahlreichen Ausschüsse, die in Kalifornien wie überhaupt in den ganzen Vereinigten Staaten zur Vinderung der in Mittelindien herrschenden Hungersnot gebildet worden waren. Die Berichte über die fürchterliche Not und die ungeheure Sterblichkeit in den heimgesuchten Landstrichen hatten die ganze Welt mit Entsetzen erfüllt; überall beehrte man sich, zu helfen. In San Francisco hatten mehrere Damen, an deren Spitze Frau Cedarquist stand, eine Anzahl von Ausschüssen ins Leben gerufen. Die Zusammenkünfte dieser Hilfsvereine waren von der den Vorsth führenden Dame jedoch zu gefelligen Veranstaltungen gestempelt worden — Gabelfrühstücken und Tees, bei denen man die Mittel und Wege, wie die verhungerten Aftaten zu retten seien, über Tellern mit Salat und gefüllten Tectassen beriet.

Mit einemmal ging eine leichte Bewegung durch die Versammlung. Die Ziehung der Lose sollte jetzt stattfinden. Hartrath, der ganz aufgeregt wurde, entschuldigte sich und eilte auf seinen Posten; Cedarquist nahm Presley beim Arm.

„Pres, machen wir uns aus dem Staube,“ sagte er. „Kommen Sie mit ins Weinzimmer, wir wollen ein Glas Sherry ausnobeln.“

Was nun?

Von A. Kautsky.

IV.

Die Befürchtung, die Massen würden uns im Stiche lassen, ist also kein Grund, uns zu veranlassen, zu schärferen Mitteln zu greifen, die ein Uebergehen zur Niederwerfungstaktik bedeuten.

Sicher verschärfen sich in jedem Kampfe die Gegensätze. Schon seine Dauer vermehrt die Erbitterung. Dazu kommt die Verschärfung der Klassengegensätze durch die ökonomische Entwicklung, das Wachsen der Machtmittel durch die Vergrößerung der Organisationen oder die Fortschritte der Technik. Aber nicht um diese allmähliche, von selbst eintretende „innere Logik“ der Verschärfung und Zuspitzung der Massenaktionen handelt es sich hier, sondern um ein Ergreifen neuer, schärferer Machtmittel, das durch eine „Parole“, eine planmäßige Agitation der Partei herbeigeführt werden soll.

Dafür ist ein Grund in der Furcht vor der Enttäuschung der Massen nicht gegeben. Das Dilemma, von dem die Genossin Luxemburg spricht, besteht für uns nicht, solange wir es nicht durch unsere Agitation selbst schaffen. Für uns dürfte es, außer dem in der Jenaer Resolution angeführten, nur noch einen Grund geben, die Ermattungsstrategie aufzugeben und zur Niederwerfungsstrategie durch rasche Zuspitzung und Steigerung der Kampfsmittel der Massenaktion überzugehen: wenn unsere Gegner in eine Klemme geraten, die es gälte, aufs rascheste auszunutzen, und die durch einen Massenstreik am wirksamsten auszunutzen wäre.

Ist die heutige Situation dieser Art? Das ist die entscheidende Frage. Von ihrer Beantwortung und nicht von der inneren Logik von Massenunruhen hängt es ab, ob eine Propagierung des Massenstreiks im gegebenen Moment zweckmäßig erscheint oder nicht.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als sei die jetzige Situation ein Produkt der Straßendemonstrationen. Man mag sagen: dank dem Umstand, daß die Sozialdemokratie zu schärferen Mitteln griff, hat sie die Massen begeistert und die Regierung in die Enge getrieben. Aber diese Begeisterung wird sich rasch verflüchtigen und die Regierung wieder an Ansehen, Kraft und Vernunft gewinnen, wenn wir nicht auf der einmal betretenen Bahn fortschreiten, das heißt unsere Mittel immer mehr verschärfen, dadurch die Massen immer mehr begeistern und die Regierung immer mehr in die Enge treiben, bis sie vor dem überwältigenden Ansturm der Massen zusammenbricht.

Wäre das die Situation, dann verflüchtigte sich jeder schwer am Proletariat, der jetzt nicht mit allen Kräften daran arbeitete, es zu schärferen Kampfmethoden anzutreiben.

Aber mir scheint die Situation anders zu liegen.

Sicher haben die Straßendemonstrationen große Begeisterung erregt. Sicher ist die Regierung in die Enge getrieben. Aber wenn es so ohne weiteres möglich wäre, auf solche Weise Begeisterung zu wecken und das Ansehen sowie die Kraft der Regierung zu schwächen, warum haben wir nicht schon längst zu diesem einfachen Mittel gegriffen?

Umgekehrt wird eben ein „Schuh“ drüber. Unter den preussischen Verhältnissen war ein Gelingen der Straßendemonstrationen und ihr große moralische Wirkung erst möglich, nachdem die Sozialdemokratie eine Partei großer Massen geworden und diese in die größte Erregung geraten waren. Nur dadurch, daß sie aus der tiefsten Erregung der Massen geboren waren, haben die Straßendemonstrationen ihren gewaltigen Umfang und ihre tiefe Wirkung erreicht, haben sie Begeisterung und Ermüdung in den Massen, Bewirrung und Kopflosigkeit bei der Regierung und den Regierungsparteien hervorgerufen.

Es sind sehr tiefgehende Ursachen, denen diese gewaltige Erbitterung der Massen entspringt, Ursachen, die schon seit Jahren wirken und noch jahrelang bestehen werden. Ich habe sie in meinem „Weg zur Macht“ bereits gezeigt und brauche sie hier nur kurz zu rekapitulieren.

Da haben wir vor allem die gewaltige Ursache weitester Unzufriedenheit: die Teuerung der Lebensmittel. Als ich in meinem „Weg zur Macht“ auf diese Teuerung als eine der Ursachen hinwies, die die Klassengegensätze zuspitzen und die revolutionäre Stimmung der Massen vermehren, hielt es das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften für notwendig, mich deshalb als Feind der Gewerkschaften zu denunzieren. Es war sehr ungehalten

Sie hatten Mühe, sich herauszuwinden. Der Hauptaal, in dem die Ziehung vor sich gehen sollte, hatte sich plötzlich gefüllt. Die Gäste undrängten den neben dem Gemäße stehenden Tisch, auf den ein Diener die Wahlurne mit den zu ziehenden Nummern gestellt hatte. Die Damen hielten ihre Lose in der Hand und drängten nach vorn. Es erhob sich ein allgemeines Geschwäh in kurz abgestohlenen, murmelnden Lauten.

„Was ist denn aus Harran und Lyman und dem Gouverneur geworden?“ fragte Preslen.

Lyman war verschunden; er hatte sich mit einer geschäftlichen Verabredung entschuldigt. Magnus und sein jüngerer Sohn hatten die jetzt menschenleere Klubbibliothek im Oberstod aufgesucht, wo sie ungestört miteinander reden konnten.

„Harran“ begann der Gouverneur in entschiedenem Tone, „darat ist wirklich etwas, was Cedarquist uns eben auseinandersetzt. Nach China mit unserm Weizen! Was meinst du dazu, Sohn?“

„Das ist gewiß beachtenswert, Governor.“

„Mir leuchtet das ein, Sohn, mir leuchtet das ein.“ „s ist ein großes Unternehmen, und ein Riesenvermögen ist damit zu erwerben. Wer was Großes wagt, kann auch was Großes gewinnen. Dein alter Vater ist keineswegs bereits rückständig, Harran, und wenn ich auch nicht den weiten Blick unseres Freundes Cedarquist habe, so vermag ich eine sich mir zu bietende Chance doch schnell zu sehen. Sohn, der ganze Orient zerfällt und öffnet damit seine Pforten angelächeltem Unternehmungsgeist. Es ist an der Zeit, daß auch Brotstoffe sich den dortigen Markt erobern müssen. Und gerade jetzt, wo Lyman den Tarif heruntersetzt, so daß wir niedrige Frachten bis zum Hafen bekommen!“

(Fortsetzung folgt.)

darüber, daß ich nicht im angebliehen Interesse der Gewerkschaften den Kopf in den Sand stecke und daß ich Tatsachen sah, die für die Theorie des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus sehr un bequem sind. Heute ist es jedermann klar, daß eine derartige Straußenpolitik wirkliche „Sisyphusarbeit“ wäre. Kein vernünftiger Mensch zweifelt mehr daran, daß die Teuerung seit einiger Zeit alle Lohnerhöhungen hinter sich läßt — aber freilich wird es auch keinen vernünftigen Menschen geben, der darin ein Argument gegen die Gewerkschaften sieht. Nicht gegen diese, sondern gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung werden die Massen durch die Teuerung aufgereizt.

Deren Wirkungen werden noch verstärkt durch das Wettstreiten, das gerade in letzter Zeit die wahnsinnigsten Dimensionen annimmt, da zu den Landrüstungen nun die Seerüstungen kommen, die viel rascher wachsen als jene. Denn bei der Marine spielt die Höhe der Technik eine größere Rolle als die Menge der Streitkräfte, und diese Höhe der Technik läßt sich bei dem nötigen Aufgebot von Geld rasch steigern.

Daher das Wachstum des Steuerdrucks, was die Klassengegensätze noch mehr verstärkt, gleichzeitig aber auch die internationale Lage immer drohender gestaltet, denn die herrschenden Klassen können sich zu einer Abrüstung nicht verstehen. Außer dieser gibt es aber nur einen Ausweg, der immer unerträglicheren Steuerlast zu entgehen: einen Krieg.

Diese Verhältnisse sind international, führen überall zu wachsender Erregung der Massen, gleichzeitig aber auch zu wachsenden Gegensätzen der herrschenden Klassen untereinander; nicht nur zu wachsender internationaler Nervosität, sondern auch zu steigendem Gegensatz der Masse der bürgerlichen Welt — Kleinbürger, Intellektuelle, Händler und kleinere Kapitalisten — gegen Grundbesitz, hohe Finanz und große industrielle Monopolisten, die alle Vorteile dieser unerträglichen Zustände einheimen und alle Lasten auf die anderen abzumägen suchen.

In Preußen erhält diese allgemeine internationale Situation eine besondere Verschärfung dadurch, daß hier das ostelbische Junkertum den Staat beherrscht und dadurch die Vorteile, die es auf Kosten der anderen Klassen einheimt, noch größer, deren Lasten noch gewaltiger, die allgemeinen Zustände noch unerträglicher macht.

Es gibt vielleicht keine Klasse in Europa, die so viel der brutalen Gewalt verdankt, wie das preussische Junkertum. Dabei gibt es unter den herrschenden Klassen Europas wohl keine, die unwissender wäre als diese, geographisch ganz abseits vom Weltverkehr gelegen und nie in die Notwendigkeit versetzt, sich durch überlegenes Wissen zu behaupten.

So haben die Junker keine Ahnung davon, daß ihre brutale Gewalt nur dort eine wirkliche Wirkung erzielt, wo sie in der Richtung der ökonomischen Entwicklung wirkt, namentlich in der Richtung der nationalen Einigung Deutschlands. Ihre Erfolge haben in ihnen einen Kultus der brutalen Gewalt als solcher entwickelt, und sie lehnen diese Seite um so trotziger und rückwärtslos hervor, je mehr sie ihre privilegierte Stellung bedroht sehen, das heißt, je mehr diese Stellung in Widerspruch zu den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung gerät. Je schädlicher sie werden, desto blümmer, frecher und brutaler werden sie.

Das tritt natürlich vor allem und am meisten dem Proletariat und seiner Klassenpartei gegenüber zutage. Aber zusehends bekommen auch die bürgerlichen Massen und Parteien in immer höherem Grade diese Brutalität und Rücksichtslosigkeit zu spüren in der Art und Weise, wie das Junkertum Lebensmittel und Rohstoffe künstlich verteuert, die Steuern von sich abwälzt, alle guten Posten in Bureaucratie und Armee für sich allein in Anspruch nimmt, Regierung, Gerichte, Polizei als seine Werkzeuge behandelt, die jede unbequeme Opposition niederzuknüllen haben.

Endlich aber wird dieses Junkerregime selbst sehr entscheidenden Ausbeutern und Gegnern des Proletariats lästig, ja es erscheint ihnen unheimlich und gefährlich, wenn sie zu der Einsicht gekommen sind, die außerhalb Rußlands, Preußens und Japans die gesamte kapitalistische Welt erfasst hat, daß die Arbeiterklasse eine zu gewaltige Macht geworden ist, als daß es noch möglich wäre, sie mit brutalen Zwangsmitteln niederzuhalten. Regierungen und Ausbeuter hatten das kämpfende Proletariat überall in gleicher Weise, aber in vorgeschrittenen Staaten haben sie doch erkannt, daß die Möglichkeit, seinen Fortschritt noch einigermaßen zu hemmen, nur noch in der Anwendung seinerer Mittel liegt, als sie der Polizeihaft aufzuwenden weiß; daß dies weit eher erreicht wird durch anscheinendes Entgegenkommen, das die Reichen der Proletarier spaltet, einen Teil ihrer energischsten Elemente forumpiert und die andern entkräftet, wie das in England, Amerika, Frankreich zeitweise gesungen ist.

Mit Grauen sehen die klügeren Verfechter der kapitalistischen Ausbeutung in Preußen und außerhalb Preußens im übrigen Deutschland, wie die kopflosen Brutalitäten der Junker und ihrer Regierung die Reichen der arbeitenden Klassen immer enger zusammenschließen, sie immer mehr erregen, ihr Können und Denken immer revolutionärer gestalten.

So wenden sich nicht bloß die arbeitenden Massen, sondern auch weite Schichten der bürgerlichen Welt immer stärker gegen das Junkerregime; aus den verschiedensten, miteinander widersprechenden Ursachen, aber alle immer mehr einig in der Ueberzeugung, daß dieses Regime Deutschland einem Abgrund zutreibt.

Am stärksten und einheitlichsten ist die Erbitterung in den unteren Schichten, die am meisten unter Teuerung, Steuerdruck und bürokratischer Mißhandlung zu leiden haben. Sie lenkt diese Schichten naturgemäß der Sozialdemokratie zu, läßt sie in dieser ihren Hort und den Verfechter ihrer Interessen sehen. Das sind die Gründe, die unsern Straßendemonstrationen eine solche Wucht und Bedeutung geben, die aber auch die Reichen unserer Wähler schwellen, wie jede Nachwahl zum Reichstag zeigt, die die allgemeinen Reichstagswahlen im nächsten Jahre zu einem furchtbaren Tage des Gerichts für die Regierung der preussischen Junker und deren ganze oder auch nur halbe Bundesgenossen zu machen droht. Gegnerische Wahlstatistiker rechnen bereits mit der Möglichkeit, daß wir bei den kommenden Wahlen 125 Mandate erobern.

Bis dahin können freilich noch anderthalb Jahre vergehen und das Volk vergiftet schnell. Müßen wir nicht befürchten, daß inzwischen sein Grimm veriraucht? Daß die Regierung durch einen geschickten Schachzug eine populäre Wahlparole findet, die ihr Ansehen wiederherstellt und all den Haß, alle die Verachtung von ihr abwälzt, die sie in der letzten Zeit so reichlich überschüttet haben? Befestigung ist bekanntlich keine Heringsware, die sich einpökeln läßt; wollen wir aus ihr Nutzen ziehen, dann muß es sofort geschehen; und da uns heute dazu nicht der Kampfboden der Reichstagswahlen zu Gebote steht, müßen wir einen andern schaffen und der kann nur der des Massenstreiks sein.

So wird also mancher denken, und diese Argumentation hätte manches für sich, wenn wir erwarten müßten, die Ursachen, die die heutige Erregung der Massen herbeiführen, würden zur Zeit der nächsten Reichstagswahlen nicht mehr wirken. Zu dieser Annahme ist aber kein Grund vorhanden.

Teuerung und Steuerdruck, aber auch junkerliche Brutalität sind in Verhältnissen begründet, die sich so leicht nicht ändern, sie werden 1911 ebenso stark wirken wie 1910, eher noch stärker, denn das Wettstreiten geht weiter. Wohl wird die Regierung ihr möglichstes tun, alle neuen Forderungen für die Zeit nach den nächsten Wahlen zu verschieben — ein Grund für sie, diese zu beschleunigen — aber sie wird nicht können wie sie will. In England sind die Konservativen obenauß. Sie haben bereits das liberale Kabinett gezwungen, die Seerüstungen zu verstärken. Kommen sie selbst, wie zu erwarten, noch im Laufe dieses Jahres ans Ruder, dann wird das Rüsten in noch rascherem Tempo betrieben werden.

Die Teuerung aber wird sich nicht mindern. Wer wissen will, was wir auf diesem Gebiet zu erwarten haben, tut gut, die amerikanischen Verhältnisse zu verfolgen, die für den internationalen Lebensmittelmarkt entscheidend sind. Diese aber lassen nur eine weitere Steigerung der Preise befürchten.

(Schluß folgt.)

Reichstag.

65. Sitzung, Sonnabend, 10. April, 11 Uhr vormittags.
Am Bundesratsitzungsausschuss, Bernburg.

Reichssteuerungsreform.

Es handelt sich bei diesem in erster Beratung vorliegenden Gesetze um die Heranziehung der Reichsbetriebe zur Steuerleistung.

Abg. Dr. Brunckermann (Npt.) äußert namens seiner Freunde die Zustimmung zu dem Entwurf, welcher den Gemeinden Ersatz für die aufgehobenen Oktroleinnahmen bietet.

Abg. Gredler (Zentr.) ist mit den allgemeinen Grundgedanken des Entwurfs einverstanden, daß solle die Besteuerung der Reichsbetriebe seitens der Gemeinden nicht nur zugelassen, sondern prinzipiell bestimmt werden.

Reichshaussekretär Bernuth: Die Vorlage entspricht mehrfach gekünderten Wünschen des Reichstages und weiter Bevölkerungskreise. Wir hoffen, daß den Gemeinden das Besteuerungsrecht schon zum 1. April hätte eingeräumt werden können, und hatten die Beträge schon bereitgestellt. Wenn die Herren aber noch nicht in der Geberlaune sind, so werden wir diese Beträge selbst wieder in die Tasche stecken. (Große Heiterkeit.) Das Gesetz entspricht einem praktischen Bedürfnis. Staatsrechtliche Bedenken liegen nicht vor.

Abg. Althorn (Npt.): Seit 25 Jahren verlangen wir dies Gesetz im Interesse der Gemeinden. Auf Einzelheiten werden wir in der Kommission eingehen. Bedenklich ist jedenfalls die Befreiung der Militärspitze und ähnlicher Anstalten, sie machen dem Mittelstand Konkurrenz, ihre Befreiung ist ganz unbillig.

Abg. Dr. Selige (nat.-lib.) erklärt die grundsätzliche Zustimmung seiner Freunde und beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. Emmel (Soz.): Die Steuerpflicht des Reiches muß selbstverständlich vom Reich selbst festgelegt werden. Diese Festlegung aber muß den praktischen Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung tragen. In dieser Richtung läßt es der gegenwärtige Entwurf am Notwendigen fehlen. Vor allem nimmt er nicht Rücksicht auf die ungleiche Verteilung der Betriebe auf das Reich und regelt die Steuerpflicht des Reiches

nur ganz schematisch,

wodurch z. B. das Reichsland zugunsten des übrigen Reiches benachteiligt wird, weil sich lediglich dort die Betriebe der Reichseisenbahnen befinden.

Wie schwer durch die Reichsbetriebe die Gemeinden belastet werden, zeigt u. a. das Beispiel von Hilsenheim. Dort sind 302 Schulkinder vorhanden, deren Eltern in den Eisenbahnbetrieben von Hilsenheim beschäftigt sind. In den Lasten der Gemeinde trägt das Reich aber nichts bei. Es ist nicht mehr als billig, daß diese Staatsbetriebe in gleichem Umfange zu den Gemeindefasten herangezogen werden wie die Privatbetriebe. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Kommission müßen diese Dinge so geregelt werden, daß man in Zukunft nicht mehr von der

Drückbergerei des Reiches

sprechen darf.

Besonders ist hier noch zu betonen, daß die Offiziere von den Kommunalsteuern befreit sind, obwohl sie die kommunalen Einrichtungen in Anspruch nehmen wie jeder andere. Anstatt nun diese ganz unverständliche Steuerfreiheit der vom Reich Angestellten zu beseitigen, soll sie noch erweitert werden, indem Offizierspfeifeinheiten und

Kafinos der Steuerpflicht entzogen

werden sollen. Jeder Arbeiter, der ein Einkommen von 700 Mk. hat, wird zu den Gemeindefasten herangezogen. Hochgestellte Offiziere aber nicht. Ein solcher Zustand ist ganz unhaltbar und muß unbedingt geändert werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf Einzelheiten wird in der Kommission eingegangen sein. Aber schon hier betone ich, daß wir die Bestimmung des § 5 nicht durchlassen können, welcher lautet: „Betriebe und ähnliche Einrichtungen der Reichseisenbahn gelten nicht als fabrikmäßige oder fabrikmäßige Betriebe.“ Diese Benachteiligung der Gemeinden mit Eisenbahnbetrieben können wir nicht billigen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wir beantragen, daß Gesetz an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Freilich v. Althofen (konf.) erklärt sich im Allgemeinen mit der Vorlage einverstanden, über Einzelheiten sei in der Kommission zu reden.

Abg. Wondertshcer (Zentr.) beklagt die Benachteiligung Elsaß-Vorhngens. Manche Ausführungen des Abg. Emmel in dieser Richtung könne er nur unterstreichen. Im übrigen verweist auch dieser Redner auf die bevorstehende Kommissionsberatung. (Beifall i. Zentr.)

Nachdem die Abg. Neumann-Dosser (Npt.) und Becker-Rön (Zentr.) gleichfalls den Wunsch auf eingehende Kommissionsberatung ausgesprochen haben, wird die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Das teure Südwachstra.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Aufhebung der Bewegung für Südwachstra. Der Entwurf

verlangt eine Deckung der Mehrausgaben durch eine Anleihe von 22,7 Millionen. Der Rest soll durch die ordentlichen Einnahmen des Schutzgebietes gedeckt werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Ist erfreut, daß endlich mit einer Abrechnung der Kosten des Aufstandes begonnen wird, hält aber die Kontrollbestimmungen für ungenügend. Die notwendig scharfe Kontrolle sei, zeige der Umstand, daß 600 000 Paar Unterhosen übrig seien und daß die Firma Boermann vor einigen Jahren 760 000 Mark an das Reich zurückzahlen mußte. (Sehr richtig im Zentrum.) Ich bitte um Auskunft, ob die geforderten 22,7 Millionen nun die genaue Abrechnung darstellen. Als wir einen Abstrich von 9 Millionen beantragten, wurde Zeier und Nordio durch ganz Deutschland geschrien (Sehr richtig im Zentrum.) und die Regierung löste den Reichstag auf, hat sich aber nicht geschert, 22,7 Millionen mehr auszugeben, ohne dem Reichstag ein Sterbenswort zu sagen. (Sehr richtig im Zentrum.) Aber deshalb wollen wir nicht streiten. (Zuruf bei den Sos.: Das glauben wir!) Daß diese 22 Millionen neu gepumpt werden sollen, widerspricht dem Grundsatz: Keine Ausgaben ohne Deckung. Die Deckung sollte von den kapitalistischen Gesellschaften übernommen werden, die Vorteil von dem Krieg gehabt haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Goerde (nat.-lib.): Daß große Summen zu Unrecht in die Taschen von Lieferanten und Gesellschaften geflossen sind, kann ich nicht zugeben. Auch glaube ich nicht, daß die Ueberwälzung eine erhebliche ist. Den Gedanken, daß die großen Gesellschaften die Mehrkosten tragen sollen, halte ich für erwägenswert und bin deshalb mit der Ueberweisung des Entwurfs an die Budgetkommission einverstanden.

Staatssekretär Dernburg: Ich glaube, mit den 22,7 Millionen Mark wird man auskommen. Schon der Reichshaussekretär Frhr. v. Stengel sagte, es würde eine Mehrforderung von vielleicht 20 Millionen nötig werden. Es ist uns also gelungen, die Summe noch herunter zu drücken. Den vom Abg. Erzberger angeregten Gedanken über die Art der Ausbringung weise ich natürlich nicht zurück, aber ich verstehe ihn nicht. Es haben doch auch andre Leute Vorteil von dem Krieg gehabt, als die Gesellschaften: Kaufleute, Frachtfahrer, die Boermann-Linie, Zippelschiff, die Adler-Apothek etc. Wer sind denn aber die Gesellschaften? Das ist eine große Zahl kleiner Kapitalisten. (Widerpruch im Zentrum.) Ganzwohl, es ist doch so. Ich sehe also nicht recht ein, wie der Vorschlag ausgeführt werden soll.

Abg. Stolle (Sos.): Immerhin ist es eine gewisse Genugtuung, daß die Reichsregierung endlich das Bedürfnis der Rechnungsabgrenzung empfunden. Allerdings ist diese Rechnungslegung alles andre als genau und eingehend.

Auch wir wissen, daß man nach 6 Jahren nicht mehr über jede Kleinigkeit Rechnung ablegen kann, aber

Millionen sind keine Kleinigkeiten, (schlechte Zustimmung bei den Sos.), und ich möchte den Kaufmann sehen, der sich über Schlamereien damit trübt, daß diese Schlamereien vor 6 Jahren passiert sind. Kräftig der Darmstädter Bank hätte man sich mit solchen Entschuldigungen auch nicht aufreden gegeben. (Heiterkeit und Sehr wahr!)

Es handelt sich hier um Millionen, die durch indirekte Steuern von der Masse der schwachen Existenzen aufgebracht werden müssen. (Schlechte Zustimmung bei den Sos.) Der Kollege Erzberger hat durchaus recht, wenn er anregt, die Leute, die sich durch Lieferungen usw. bereichert haben, zu den Lasten heranzuziehen. Die Reichsregierung aber denkt nicht daran. Sie denkt lieber die Mächtigkeiten der Kapitalisten, die sich bei dem unglückseligen Kriege bereichert haben, mit dem Mantel der Liebe zu. (Beifall bei den Sos.)

Staatssekretär Dernburg: Die Behauptung des Vorredners, daß die Reichsregierung unlaubere Mächtigkeiten mit dem Mantel der Liebe umgeben habe, waise ich mit Entrüstung zurück. (Veh. Brandl, bei den bürgerlichen Parteien.) Herr Stolle hat nicht bemerkt, daß er von den Dingen wirklich nichts versteht. (Heiterkeit und Zustimmung rechts.)

Abg. Goehle (Rp.): Es ist bedauerlich, daß der sonst so sympathische Kollege Stolle sich diesmal verkannt hat. (Zustimmung bei den Liberalen und rechts.) Der Vorschlag Erzbergers ist im Prinzip nicht lächerlich.

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Kollege Stolle hat seine Angriffe gewiß in gutem Glauben vorgebracht. Er hat aber wohl eine Verwechslung begangen, die ihm bei genügender Information nicht passiert wäre.

Abg. Stolle (Sos.): In der Begründung des Entwurfs selbst heißt es: „Bei dem größten Teil der Ausgaben hat eine sachliche Prüfung der Belege vor der Verwendung nicht stattgefunden.“ Wenn in dieser Weise im Schutzgebiet verfahren wird, wenn eine Prüfung bei der Lieferung nicht stattgefunden hat, ist es dann ein Unrecht, daß ich darauf dringe, daß nicht nur durch Stichproben geprüft wird, sondern daß man rechnungsmäßig nachprüft, was wirklich geliefert ist? (Vehafeste Sehr richtig! bei den Sos.)

Abg. Dr. Goerde (nat.-lib.): Reichfertige Verbürgungen, wie sie Herr Stolle vorgebracht hat, das ist überhaupt die Art der Sozialdemokratie. (Zuruf bei den Sos.: Die Art Ihres Reichsverbandes!)

Die Diskussion schließt. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Es folgt die erste Lesung der Preisvergleichsordnung.

Staatssekretär Kräfte: Der Entwurf gelangte im vorigen Jahre nicht zur Verabschiedung. Er wurde so ziemlich von allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, mindestens nicht unfreundlich begrüßt. Redner empfiehlt den Entwurf als eine angemessene Verteilung der Kosten; die Regierung nehme übrigens Verbesserungsvorschläge in der Kommission gern entgegen. Auf Antrag des Abg. Naden (Zentr.) vertagt sich das Haus auf Montag 12 Uhr. (Reichsversicherungsordnung.)

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Auch heute läßt sich noch kein Gesamtbild von dem Umfang der Aussperrung geben. Soweit Zahlen bekannt sind, ist die Aussperrung, was wir schon in unserer Sonnabendnummer als Vermutung ausgesprochen, nicht allgemein in dem Maße durchgeführt worden, wie es nach den Ankündigungen der Unternehmer und ihrer Presse zu erwarten war. Von der Zentralleitung des Bauarbeiterverbandes wird mitgeteilt, daß Aussperrungen bisher aus etwa 120 Orten gemeldet worden seien; es fehlen aber noch Nachrichten namentlich aus dem Süden des Reiches. Soweit es sich nach den beim Verband eingegangenen Nachrichten beurteilen läßt, sind in Hannover, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg die Arbeiter ziemlich vollständig ausgesperrt, in Schleswig-Holstein nur etwa die Hälfte und in Pommern sowie der Provinz Brandenburg nur ein kleiner Teil. Aus den wenigen aus dem Süden und dem Westen eingegangenen Nachrichten läßt sich aber beurteilen, daß dort die Aussperrung scharf durchgeführt worden ist. Die östlichen Provinzen sowie Schlesien sind dagegen bis heute an der Aussperrung nur in geringem Umfange beteiligt.

Es ist also in der Aktion der Unternehmer keine Einheitlichkeit. Zudem sind drei große Wirtschaftskreise gegenwärtig völlig ausgeschaltet: Hamburg endgültig und Berlin und Bremen wenigstens einstweilen. In einigen Orten haben die örtlichen Verbände der Unternehmer sich noch nicht zur Aussperrung entschließen

können, da sie glauben, im Verhandlungswege doch noch eine Einigung zu erzielen. Die Unternehmerpresse ist aus diesem Grunde auch nicht so gut gelaunt, als wenn der Schlag gegen die Arbeitererschaft einheitlich und mit größerer Entschiedenheit geführt worden wäre. Außerdem veranlaßt sie die Unübersichtlichkeit der Situation zur Zurückhaltung.

Der Vorstand der Berliner Unternehmerorganisation soll beschlossen haben, von seinem prinzipiell ablehnenden Standpunkt in bezug auf die Affordarbeit abzugehen und sich auch gegen eine später vorzunehmende Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu sträuben, dagegen soll er beschlossen haben, eine Erhöhung des Stundenlohnes von 75 auf 85 Pfg. strikte abzulehnen. Am 22. April wird eine neue Generalversammlung der Berliner Bauunternehmer tagen, in der über die Tarifverhandlungen Bericht erstattet werden soll. Ferner soll eine Beschlußfassung über folgende Entscheidung getroffen werden:

Soll die von dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angeordnete Schlichtung aller Baubetriebe auch im Bezirke des Berliner Verbandes durchgeführt werden? Oder sollen auf der Grundlage des bisherigen Tarifvertrages und nach Maßgabe des Ergebnisses der letzten Verhandlungen neue Tarifverträge mit den Organisationen der Arbeiter abgeschlossen werden?

Ferner soll Beschluß gefaßt werden über die Stellung des Berliner Verbandes zu dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. — Diese Generalversammlung wird entscheidend sein, ob im Berliner Baugewerbe Krieg oder Frieden sein wird.

Von unserm Pressebureau wird über die Aussperrung im Reich gemeldet:

Frankfurt a. M. Der Schanzmacher Lüscher hatte ursprünglich den Versuch gemacht, auch die Dachdecker in die Aussperrung hineinzuziehen, das ist ihm aber misslungen. Im übrigen ist es hier ein ganz offenes Geheimnis, daß eine große Anzahl der Unternehmer mit der durch Lüscher veranlaßten Aussperrung unzufrieden ist, darunter auch die Welfirma Helfmann, die noch in letzter Stunde den Versuch gemacht hat, die Aussperrung zu umgehen. — Im Dachdeckerverband ist es gelungen, trotz der Aussperrung der Bauhandwerker mit den Unternehmern einen Tarif abzuschließen mit dreijähriger Vertragsdauer und 4 Pfg. Löhnerhöhung. Also ein ganz unerwarteter Erfolg!

Karlsruhe. Bis Sonnabend morgen sind ausgesperrt: 28 Polierer, 384 Maurer und 170 Bauhilfsarbeiter.

Mainz. 1200 Maurer und Bauhilfsarbeiter wurden ausgesperrt. Da auch ein städtisches Unternehmen, der Theaterumbau, in Mitteleidenschaft gezogen worden ist, so ist die Stadtverwaltung in arger Verlegenheit, weil sie die Warnung unserer Genossen im Stadtrat überhörte und mit dem Bauunternehmer einen Vertrag schloß, der ihn bei einer Aussperrung seiner Verbindlichkeiten enthebt, während die Stadt dem Theaterdirektor Behring gegenüber ersparnislos bleibt, wenn die Eröffnung der Bühne am 1. November d. J. nicht stattfinden kann. In langen Kommissionen sind die Herren nun dahin übereingekommen, sich dadurch aus der Patzke zu ziehen, indem sie den Bau mit den städtischen Arbeitern in Selbstregie übernehmen wollen. Da aber der Bauunternehmer darauf nicht eingehen wollte, ohne sich vorher mit dem Unternehmerverband und Einvernehmen geeicht zu haben, so sind Unterhandlungen mit dem Vorstehenden dieses Verbandes in Berlin angeknüpft worden. Was dabei herauskommen wird, kann man sich denken! Inzwischen soll von städtischen Arbeitern, den Schlossern der Maschinenwerkstätte Guldardweg und den Zimmerleuten Weiser gearbeitet werden.

Breslau. Auch hier ist die Aussperrung nicht allgemein durchgeführt worden.

Gilbeshelm. Die Aussperrung ist auf 14 Tage hinausgeschoben.

Bremerhaven. In den Unterverorten ist die Aussperrung völlig mißglückt. Von 800 beschäftigten Bauarbeitern sind 120 ausgesperrt.

Magdeburg. Aus dem Magdeburger Regierungsbezirk liegen folgende Meldungen vor: In Magdeburg werden 3000 Aussperrte gezählt. In Staßfurt, Halberstadt und Wernigerode ist die Aussperrung eine allgemeine, in Salzwedel und Burg nur eine teilweise. In Quedlinburg ist die Aussperrung ebenfalls allgemein erfolgt, obwohl ein Vertrag besteht, der bis zum 31. Mai Gültigkeit hat, und der bis 31. Mai nächsten Jahres in Geltung bleibt, wenn er von keiner Seite gelündigt wurde. Es liegt also hier offener Vertragsbruch von Seiten der Unternehmer vor. In Alschersleben sind sich die Unternehmer noch unentschieden. In Calbe a. S. soll die Aussperrung Sonnabend vollzogen werden.

Wien a. N. Eine spätere telegraphische Meldung besagt, daß bis Sonnabend nachmittag nur ein Drittel der Bauarbeiter ausgesperrt ist. Wahrscheinlich wird die Aussperrung keinen weiteren erheblichen Umfang erreichen, da am Freitag allgemein Lohnzahlung erfolgte, an dem zweifellos größere Entlassungen stattgefunden hätten.

Frankfurt a. M. Nach neuer Feststellung beträgt die Zahl der Aussperrten 1200.

Düsseldorf a. N. Hier ist die Aussperrung so gut wie vollständig. Von insgesamt 1000 Beschäftigten sind ausgesperrt rund 500 Maurer, 350 Hilfsarbeiter und 50 Zimmerer.

In Brandenburg a. S. belamen Freitag abend 500 Bauarbeiter ihre Entlassung.

In Görlitz wurden 670 Aussperrte gezählt. Die Unternehmer versuchen, ein vollständiges Schließen der Geschäfte zu verhindern. Den Unorganisierten ist von den Unternehmern anheimgestellt worden, die Arbeit am 21. April wieder aufzunehmen. Wer am 21. April wieder in Arbeit tritt, soll eine Entschädigung für die veräumten Arbeitstage, und zwar mindestens die Hälfte des entgangenen Lohnes erhalten.

In Gießhühningen, wo die Aussperrung unter dem heftigsten Widerstande der kleinen Unternehmer erfolgt ist, hat die Aussperrung bisher den von den Führern des Arbeitgeberbundes erwarteten Umfang bei weitem nicht angenommen. In Straßburg sind bis Sonnabend abend ausgesperrt worden 350 Maurer, 500 Hilfsarbeiter und 150 Zimmerer, im ganzen also etwa 1000 Personen, das sind circa 40 Prozent der beschäftigten Arbeiter. In Wülhausen, wo im ganzen 500 Arbeiter ausgesperrt sind, ist das Prozentverhältnis annähernd dasselbe, ebenso in Colmar und Metz.

In Köln sind etwa 2000 Bauarbeiter ausgesperrt, nämlich 50 Prozent der Maurer und 50 Prozent der Hilfsarbeiter. Die Mitteilungen der bürgerlichen Presse, die erheblich höhere Zahlen angeben, sind falsch.

Die Aussperrung in Leipzig.

Von den in Leipzig in Betracht kommenden 9500 Beschäftigten sind 5000 ausgesperrt, und zwar von 4500 Maurern 2500, von 1900 Zimmerern 1000 und von 3000 Hilfsarbeitern 1500. Das sind etwa 50 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten. Von den 9500 Bauarbeitern sind fast sämtliche organisiert, und zwar 4500 bei den Maurern, davon 3000 in Leipzig selbst, die übrigen in Zahlstellen um Leipzig herum. Die Zimmerer sind ebenfalls fast alle organisiert, und von den Hilfsarbeitern sind 2000 organisiert. Das Leipziger Tageblatt meldet 7500 Aussperrte, jedenfalls in der Hoffnung, damit auf die Deffektivität mehr Eindruck zu machen.

Die Zahl der Aussperrten in Leipzig hat sich infolgedessen verändert, als die endgültige Feststellung des Bauhilfsarbeiterverbandes wie folgt ausfällt: Es sind ausgesperrt Bau-

hilfsarbeiter 1320, davon im Bauhilfsarbeiterverband organisiert 1220, verheiratet sind davon 897 (1611 Kinder), ledig 823, andern Verbänden gehören 300 Aussperrte an.

Aus Leipziger Umgebung wird uns über die Aussperrung berichtet:

Schönefeld. Aussperrt haben hier 5 Unternehmer 88 Maurer, 57 Bauarbeiter und 20 Zimmerleute.

Eilenburg. Hier haben 8 Betriebe 107 Maurer, 28 Zimmerer und 33 Hilfsarbeiter ausgesperrt.

Delfisch. Etwa 20 Bauarbeiter sind hier ausgesperrt worden.

Müßa. Die hiesigen Bauunternehmer haben am Freitag alle organisierten Maurer und Zimmerer ausgesperrt.

Gewerkschaftsbewegung.

Leipzig und Umgebung.

Tariffbewegung der Kürschner Leipzigs.

Der Streik bei der Firma M. Vellmonte, Nikolaistraße, ist beigelegt. Es treten alle 33 Ausständigen am Montag, den 18. April, wieder in Arbeit. Bis zum 15. April haben 48 Firmen bewilligt, und zwar ist der Vertrag von den maßgebendsten Firmen am 13. April anerkannt worden. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, dem zum größten Teil nur kleinere Firmeninhaber angehören, wollen den Arbeitern nicht das Recht zugestehen, einen Minimallohn festzusetzen. Es sind dies gerade die Herren, die für ihre Ware ganz enorme Preise festzusetzen wissen. Jedoch über die einzige Ware des Arbeiters, über seine Arbeitskraft, soll nicht der Arbeiter, sondern wollen ebenfalls die Herren nur allein bestimmen. Wir werden uns erlauben, in einem späteren Bericht einige Kalkulationen über verschiedene Artikel der Detailbranche der Deffektivität zu unterbreiten, um zu zeigen, welche enormen Verdienste die Herren bei den einzelnen Stücken erzielen; den Lohn eines Arbeiters für diese Positionen werden wir besonders hervorheben. Wir haben den Herren nochmals Verhandlungen angeboten. Die Arbeiter sind gewillt, den Kampf, wenn keine Einigung erzielt wird, gegen den Arbeitgeberverband mit allen erlaubten Mitteln aufzunehmen. Der Firma Gebr. Thuerkau, Reichstraße 27, ist die Resolution der öffentlichen Kürschnerversammlung arg in die Glieder gefallen. Sie sucht mit allen erdenklichen Mitteln Arbeitswillige heranzuziehen. Sie hat auch etwas „Erfolg“ gehabt, denn als Arbeitswilliger ist eingetreten: Wilhelm Grunwald, Gainsstraße 14a, IV. Auch die beiden Zwischenmeister genannter Firma, Kiefert und Marx, Wühl, sind eifrig bemüht, Arbeitswillige heranzuziehen. Bei Kiefert, Wühl 48 bis 48, arbeitet der Sohn des ehemaligen Wäldermeisters Fabian in Markranstädt, Markt, namens Alex Fabian, wohnhaft Markranstädt, Markt, und Anton Karica, Volkmarstraße 121, II. Besondere Mühe gibt sich Herr J. Marx, Wühl 18, arbeitswillige Arbeiterinnen zu erhalten. Es kommt dem Herrn nicht darauf an, an seine Arbeiterinnen die unglücklichsten Drohungen zu richten, um sie dem Verbands fernzuhalten. Zwei Arbeiterinnen wollte der Herr die Treppe hinunterwerfen, wenn sie sich dem Verband anschließen würden. Herr Marx begreift natürlich nicht, daß es in den Augen der Arbeiter und jedes sozial empfindenden Menschen eine entehrende Handlung ist, den Arbeitswilligen zu machen, und auch Herr Marx wird dazu wohl niemand zwingen können.

Ein Flugblatt wird in den nächsten Tagen die Deffektivität mit den Praktiken der Firma Gebr. Thuerkau a. S. sowie der arbeitswilligen Zwischenmeister Kiefert und Marx vertraut machen. Deutscher Kürschnerverband, Filiale Leipzig.

Belegte Differenzen bei J. B. Pirchfeld.

Die in der Buchdruckerei J. B. Pirchfeld ausgebrochenen Differenzen sind durch Vermittlung der Prinzipals- und Gewerkschaftsorganisationsvertreter sowie der zuständigen Tarifkommission beigelegt worden. Herr Pirchfeld hat die schwarzen Listen auf demselben Wege zurückgezogen, auf welchem sie erlassen wurden. Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen.

Ausland.

Vom Ausstand in Philadelphia.

Die Straßenbahnangestellten haben die Vorschläge der Gesellschaft über die Beilegung des Konflikts angenommen. Damit hat nun auch der Streik der letzten Kategorie von Angestellten sein Ende erreicht.

Die Krise im südwalisischen Bergbau.

Ist, wie bereits gemeldet worden, beboden. Die Abstimmung der Bergarbeiter von Südwales hat eine große Mehrheit für den vom Vorstande des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien empfohlenen neuen Einigungsorschlag ergeben. Für den Vorschlag wurden rund 100 000, gegen diesen rund 40 000 Stimmen abgegeben. In vier oder fünf weiteren erklärte sich die Mehrheit der Arbeiter gegen die neuen Bedingungen und für den Generalstreik.

Der neue Lohntarif tritt an die Stelle des alten, der die Löhne vom Dezember 1905 bis heute regulierte, und bleibt fünf Jahre in Kraft. Die Arbeiter erhalten einen Minimallohn, der 35 Prozent (anstatt wie bisher 30 Prozent) höher steht, als der Einheitslohn vom Jahre 1879, aber der Minimalverkaufspreis der Kohle, an den dieses Lohnminimum gebunden ist, wird auf 12,50 Mk. erhöht. Außerdem erklären die Arbeiter, keine Löhnerhöhung von mehr als 50 Prozent über den Einheitslohn von 1879 zu verlangen, bis die Kohlenpreise 14 Pfd. Sterl. 9 Pence pro Tonne erreicht haben. Steigen die Kohlenpreise noch höher, dann können die Arbeiter eine Löhnerhöhung bis zu 60 Prozent über den Einheitslohn von 1879 verlangen.

Die Grubenherren verzichteten auf ihren Anspruch, die vom Akt und Gesetz erlaubten 60 außerordentlichen Stunden im Jahre arbeiten zu lassen, und verzichteten ferner auf die Bezahlung des aus dieser Streitfrage den Unternehmern von einem Gericht zugewandenen Schadenersatzes. Dagegen zließen die Arbeiter ihre Forderung auf Bezahlung auch der gesonderten Kleinlöse zurück. Die Frage der Arbeitszeiten ist durch ein Kompromiß geregelt worden, wonach die Arbeiter sich bereit erklären, gewisse außerordentliche Schichten zu arbeiten, die Unternehmer dagegen auf die Einführung eines allgemeinen Zweifelschichtensystems verzichten. In der Frage der Arbeit in abnormalen Arbeitsplätzen mußten die Arbeiter auf den Rat ihrer Führer nachgeben.

Trotzdem der neue Vertrag den Arbeitern gewisse Vorteile bringt und einige Mißstände abstellt, war eine Einigung doch nur möglich, weil die Arbeiter, um einem Riesenkampfe im gegenwärtigen Augenblicke auszuweichen, bis hart an die Grenze der möglichen Nachgiebigkeit gingen.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Verband der Fabrikarbeiter beruft seinen 10. ordentlichen Verbandstag zum 7. August nach Halle a. S. ein.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller in Norddorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Achtung, Maurer!

Dienstag, den 19. April, abends 7/8 Uhr
Versammlung im großen Saale
 des Volkshauses.

Tagesordnung:
Bericht über den Stand der Aussperrung.
 Mitgliederbücher mitbringen. [7481*] Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Leipzig.
Achtung! Werkstatt- u. Hauskassierer! Die ausgefüllten Stimmzettel für die Wahlstimme sind von den Mitgliedern bis spätestens Mittwoch, 20. April, wieder einzufordern und sofort im Verbandsbureau abzuliefern. Die Kassierer werden weiter ersucht, und sofort die mehr bezogenen Exemplare der letzten Holzarbeiterzeitung zuzusenden.

Freitag, 22. April abends 8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** im Volkshaus, Zeitzer Str. Nr. 32 (Grosser Saal). Tagesordnung: 1. Der Verbandstag in München und Beratung von Anträgen. 2. Aufstellung von Kandidaten für die Delegiertenwahl zum Verbandstag. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1910. 4. Verbandsangelegenheiten. [7707] Starke und pünktliche Besuch der Verbandsmitglieder erwartet. Die Lokalverwaltung. Mitgliederbücher sind vorzubringen.

Zellulose, Kamm-, Stock- u. Schirmarbeiter Leipzigs. Dienstag, 19. April, abds. 7 Uhr **Oeffentl. Branchenversammlung** im Restaurant Stadt Altenburg, L.-Lindenau, Markt 10. Tagesordnung: 1. Vortrag vom Gen. Ernst über: Die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften. 2. Gewerkschaftliches (darunter Bericht der Sektionsleitung). Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet. Die Sektionsleitung.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I. Bürozeit: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr. Telefon 3784.

Generalversammlung Mittwoch, den 20. April, abends 7/8 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress. 2. Kartellbericht. 3. Bericht vom 1. Quartal. 4. Anstellung eines Bureaubeamten und zweier Hauskassierer. [2848*]

Klempner. Freitag, den 22. April, abends 7/8 Uhr, **Oeffentliche Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Arbeitsnachweis. 2. Verschiedenes. — Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.

Mechaniker und Elektromonteur. Sonnabend, den 23. April, **Frühjahrs-Vergnügen** im Stablfement Elvost, Windmühlstr. Einlauf 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Programme im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg., sind im Bureau und bei den bekannten Kollegen zu haben. [7702*]

Maler

Lackierer und Anstreicher.
 Dienstag, den 19. April, abends Punkt 7/8 Uhr

Mitglieder-Versammlung im Volkshaus (Gesellschaftssaal).

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Lensch über: Die Strömungen in der modernen Arbeiterbewegung. 2. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 3. Wahl der Agitations-Kommission. 4. Kasseier. [7704] Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Stukkateure.

Dienstag, den 19. April abends 8 Uhr **Familial-Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. — 2. Bericht und Abrechnung der Untersuchungskommission. — 3. Aussprache über die gegenwärtigen Verhältnisse im Baugewerbe. — 4. Stellungnahme zur Kasseier. — 5. Gewerkschaftliches. [7708] Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 20. April abends 6 Uhr **Versammlung** im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Stellungnahme zum Normaltarif. 3. Wahl des Delegierten zum Verbandstage. 4. Gewerkschaftliches. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Kollegen zur Pflicht, die Versammlung zu besuchen. Bei der Wahl des Delegierten darf keine Stimme fehlen. [7705] Die Ortsverwaltung.

Billige Briketts liefert **Benno Grimm** Tauchaer Strasse 41.

Tapeten-Neuheiten unerschöpfliche Auswahl. Reste u. ältere Bestände verkaufe enorm billig aus. **Jos. Schäfer, Burgstr. 26**

Zur Aufklärung

Fussbekleidungsfrage.

Seit kurzem werden fabrikmässig hergestellte Schuhwaren für **kranke** Füsse angepressen, die als Massenprodukt der jeweiligen Gestaltung derselben **nicht** entsprechen können. Da sich selbst bei gesunden Füssen vielfach Abweichungen ergeben, so können Fussbekleidungen zweckentsprechend nur bei dem fachgebildeten Schuhmachermeister hergestellt werden, wenn man Schäden der Füsse beheben oder weiteren vorbeugen will. Dass sich Aerzte dazu hergeben, die Reklame für sogenanntes orthopädisches Massenprodukt mit ihrem Namen zu decken, ist bedauerlich.

Täuschung

ist ferner die Behauptung der Schuhbasare, dass die bei ihnen gekauften Stiefel auf den Originalleisten repariert würden. Die Schuhbasare erhalten ihre Waren zum grössten Teile aus den Schuhindustriezentren und lassen die ihnen übergebenen Schuhreparaturen häufig unter grösster Lohndrückerei und Verwendung minderwertigsten Materials von Heimarbeitern ausführen.

Die vereinigten selbständigen Schuhmachermeister Leipzigs.

Ostermesse

Haases Neuheit Figur 8 Bahn
Haases Stufenbahn
Haases Berg- und Tal-Bahn
 vis-à-vis Dechants Hippodrom.
Morgen Dienstag, von 7/8 Uhr an
Grosser Elite-Abend
 in der Stufenbahn.
 Jede Dame und jeder Herr erhält beim Eintritt **eine Überraschung.**

Flugtechnischer Verein, Leipzig.

Gustav Lilienthal [7700] hält am **Dienstag, den 19. April, abends 7/9 Uhr,** im Festsaale des Zentraltheaters einen **Experimental- und Lichtbildervortrag.** Vorverkauf an den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen.

Neuer Gasthof

Gohliser Str. 42
 Jeden Sonntag und Dienstag
Gr. Instrumental- u. Sänger-Konzerte.
 Darauf: **Ball-Fest.**

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten

Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt. Großes Lager in Inletts. **Leipzig-Volkmarstori, Kirchstr. 2** Ecke Wurznar Strasse.

Geschäfts-Eröffnung.

Allen Freunden und Bekannten sowie meiner früheren Leserschaft zur Nachricht, dass ich am heutigen Tage meine **Leihbibliothek u. Buchhandlung** wieder eröffnet habe. Zu gleicher Zeit mache ich auf mein reichhaltiges Lager an **Zigaretten** und **Tabaken** aufmerksam sowie auf meine verschiedenen Sorten **Zigarren** eigener Anfertigung. Gültigem Zuspruch entgegengehend. [7421*] **Kurt Welz, Café Bahnhofschlösschen** Kleinzschocher, Bahnhofstrasse. Bundesmitglied vom Arbeiter-Radsfahrer-Bund Solidarität. Mitglied vom Ortsverein, Gruppe Kleinzschocher.

L.-Volk. Bergstr. 29. Fernspr. 2881. **Leipzig Heimkehr** Mathildenhof 31. Fernspr. 500. **Beerdigungs- und Feuerbestattungs-Anstalt** Inh.: **Berger & Meyer.** [2180*]

Wie neu

werden Damen- u. Herren Garderobe durch chemische Reinigung bei **Otto Beck** Leipzig, Lange Strasse 18 **Reudnitz, Bergstrasse 3** den Drei Willen gegenüber **Th., Reitzenhain, Str. 57.** Reparaturen billigst! — Pieferzeit 2-3 Tage. *

Achtung, Hausfrauen! **Riesen-Salz-Vollheringe** neue Send. wieder angekommen bei **W. Petzschler, Leipz., Schroberstrasse 12.** Jede Hausfr. m. e. Verf.

Familienanzeigen.

Am vorigen Freitag verstarb plötzlich unsere liebe **Hedwig** im Alter von 1/2 Jahr. **Jos. Donnerl u. Frau.** Beerd. Dienst. fr. 7/9 Uhr, vom Trauerh. N. Rodau, Vertaistr. 4. [7725]

Bei der Beerdigung unseres lieben, unvergehlchen Sohnes und Bruders, welche leider durch grobe Pflichtverletzung bei der Ausführung der Bestattung vereitelt wurde, sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Mitarbeitern der Firma **Claus & Comp.,** den Genossen des Ortsvereins; der Jugendabteilung und ganz besonders der freien Turnerschaft, welche sehr zahlreich erschienen waren, ihrem verstorbenen Mitgliede das letzte Geleit zu geben, auch für ihre sofortige Hilfsbereitschaft des Kranztragens, für alle diese wohlthunenden Beweise inniger Teilnahme und den schönen Blumen-schmuck unsern tiefgefühltesten Dank. [7725] **L.-Gohlis, den 18. April 1910. Familie C. Beck.**

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme, welche uns beim Helmgange unserer teuren Entschlafenen **Frau Ida Selferth geb. Sommer** zuteil wurden, sage ich allen denen, welche ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihr das letzte Geleit gaben, meinen aufrichtigsten Dank. [7602] Leipzig, am Begräbnistage. **Der trauernde Gatte Gustav Selferth** im Namen aller Hinterbliebenen.

Hierdurch allen Verwandten und Bekannten zur traurigen Nachricht, dass mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der **Monteur Gustav Adolf Schubert** im 46. Lebensjahre, Sonnabend, den 18. April, abends in der 10. Stunde, plötzlich und unerwartet am Herzschlag verstorben ist. Dies zeigt tiefbetriibt an. [7688] **L.-Kleinzschocher, den 18. April 1910** **Emma verw. Schubert geb. Böttcher.** Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Wigandstr. 10, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, dass meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Hedwig Berta Krug geb. Steindorf,** nach längerem Leiden im Alter von 25 Jahren sanft entschlafen ist. Tiefbetriibt zeigt dies an. [7600] **L.-Kleinzschocher, den 17. April 1910** **Artur Krug nebst Angehörigen.** Beerdigung Dienstag, den 19. April, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Kleinzschocher, Pirzelstrasse 20, aus.

Nachruf

In der Nacht vom 14. zum 15. April verschied nach langen, schweren Leiden einer unserer alten Mitglieder, der **Schriftföher Paul Beck** [7721] Er war stets ein unermüdblicher Kämpfer für die Sache der Jugendbewegung und es werden ihm ein treues Andenken bewahren die Mitglieder des **Jugendbildungsvereins Leipzig-Gohlis.**

Politische Uebersicht.

Russische Polizeimethoden.

Eine Geschichte aus den Geheimnissen der englischen Polizei ist dieser Tage an die Öffentlichkeit gelangt, die großes Aufsehen erregt und vermutlich auch für die gegenwärtige politische Lage in England nicht ohne Bedeutung bleiben wird.

Das war geradezu eine Offenbarung! Es stellt sich allmählich heraus, daß dieser Herr im Jahre 1887, als er die famosen Artikel schrieb und mit Fälschereien umging, über eine hohe Stellung im Ministerium des Innern verfügte, zugleich Gehilfe des damaligen Chefs der Geheimpolizei war und im folgenden Jahre als Nachfolger Montros zu dessen Amte ernannt wurde.

Im Parlament haben die Iren bereits die Frage aufgeworfen, aber vorläufig ohne Resultat. Zwar verurteilte Asquith scharf die Handlung des gewissen Kriminalpolizeichefs, meinte jedoch, es wäre nutzlos, die Sache jetzt noch mehr als zwanzig Jahren zu erörtern.

Deutsches Reich.

Parlamentärsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 16. April. Das Reich und die Reichsbetriebe können nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen nicht nach einheitlichen Grundätzen zur Besteuerung in den Gemeinden herangezogen werden.

Prinzip erklärten sich auch die Redner der andern Parteien für das Reichsbesteuerungsgesetz, doch dürfte der Entwurf in der Budgetkommission noch gründlich umgearbeitet werden.

Es hapert noch immer mit der Prüfung der Rechnungen über die Ausgaben während des südwestafrikanischen Aufstandes, außerdem muß für die Deckung der Mehrausgaben die budgetmäßige Bewilligung erfolgen.

Der Gesetzentwurf über die Aenderung der Fernsprechtarife wurde durch den Staatssekretär R. Raetke begründet, dann erfolgte die Vertagung der Sitzung.

Die Wahlrechtsvorlage im preussischen Herrenhaus.

Die Wahlrechtskommission des Herrenhauses hat sich in ihrer ersten Sitzung am Sonnabend für die Beibehaltung der indirekten Wahl und für die geheime Wahl bei den Wahlmännerwahlen entschieden.

Die weiteren Verhandlungen der Kommission sollen nun die „Nationalen Mittelparteien“ mit Scheintrinkgeldern versehen und es ihnen ermöglichen, sich höchstselbst vor den Karren der Wahlrechtsverräter zu spannen.

Man kann es der Staatsregierung nicht verdenken, wenn sie eine Reihe so tief einschneidender gesetzgeberischer Maßnahmen nicht auf eine einseitige Parteikonstellation basieren wollte.

Der königlichen Zeitung geht es, angefaßt dieses offiziellen Entgegenkommens wie dem Kinde im Märchen, dem drei Wünsche gewährt sind, und das nicht zu wünschen vermag, weil es unter den schönen Dingen der Welt keine Auswahl treffen kann.

Davon, daß die Liberalen um einiger formeller Zugeständnisse halber sich in die Gefolgschaft einer konservativ-kerikalen Mehrheit begeben, kann nicht die Rede sein.

Was der „liberale Standpunkt“ ist was „ernst“ geboten werden soll, wird nicht gesagt, das „Programm“ und die Magdeburger Beschlüsse wurden von den Nationalliberalen feierlich abgeschrieben.

Eine Säule der Ordnung.

Als Herr v. Jagow den Rückzug vor der Arbeiterschaft antreten und die Wahlrechtsdemonstrationen im Treptower Park und im Humboldthain genehmigen mußte, wurde diese Umkehr mit der Gesetzbestreue des Polizeipräsidenten erklärt.

Unsere Genossen in Holzwäich (Provinz Sachsen) wollten im Februar 1909 auf dem Hofe eines Grundstücks eine Versammlung abhalten und hatten dazu die Genehmigung der Ortspolizeibehörde nachgesucht.

berufenden Partei. Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für die Gesundheit der Teilnehmer sei zu befürchten gewesen. Auf die weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Merseburg erzählten der Amtsvorsteher und der Landrat noch allerlei über die Gefährlichkeit der Sozialdemokraten aus Holzwäich.

Das Verwaltungsgericht heiligt somit die Polizeipraxis, die die Freiheit der Staatsbürger von Impositionen der Polizeiorgane abhängig macht.

Der Nachtzug.

In den Geschäftsräumen des Berliner Vorwärts wurde am Sonnabend vormittag eine Hausdurchsuchung von der Polizei abgehalten.

In Essen ist anläßlich der Wahlrechtsdemonstration vom 13. Februar gegen 38 Personen Anklage erhoben worden. Zwei Genossen sollen als Veranstalter, vier andre als Leiter der Demonstration gefaßt werden.

Nach den StraßenDemonstrationen in Breslau hat die dortige Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Reukirch Anklage wegen Aufruhrs erhoben.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Graf Oriola

Ist in der Nacht zum verfloffenen Sonntag einem Schlaganfall erlegen. Graf Oriola wurde vor kurzem von einem schweren Unfall betroffen, er geriet zwischen zwei Straßenbahnwagen und wurde mitgeschleift.

Eine Wahlrechtsdemonstration in Frankfurt a. M.

Die Frankfurter Polizei war bei den letzten Demonstrationen verhältnismäßig vernünftig, am gestrigen Sonntag versuchte sie es jedoch wieder mit Bsperrungsmäßigem. Wenn es dabei zu keinen Zusammenstößen kam, die bei dem provozierenden Vorgehen der Polizei nicht verwunderlich gewesen wären, ist dies der Ruhe und Besonnenheit der Demonstranten zu verdanken.

Berlin, 18. April. Der gestern im Rheingold zusammengesetzte Verzehtag zur Besprechung des Entwurfs zur Reichsversicherungsordnung, auf dem 350 Vereine mit über 23 000 Stimmen vertreten waren, nahm mit allen gegen 3 Stimmen eine Resolution an den Reichstag an, in der festgelegt wird, daß die Bestimmungen des Entwurfs über die Ordnung des kassenärztlichen Dienstes, die Forderungen des deutschen Ärztevereinsbundes unberücksichtigt lassen.

Die Schnapspatrioten am Scheibewege. In dieser Woche wird im Reichstage die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer verhandelt werden. Es liegt dazu auch ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei vor.

Im Ständehause zu Rostock trat eine von Ständemitgliedern besuchte Versammlung zusammen, die zu einer Einigung über die Verfassungsfrage führen sollte.

Wir erklären uns bereit, wenn die Regierungen den Ständen eine neue Vorlage bringen sollten, in welcher unter

Beibehaltung der bestehenden ständigen Vertretung weiteren Kreisen eine Mitwirkung an der Gesetzgebung und an der Bewilligung des Staats gewährt wird (jedoch unter Abrechnung von allgemeinen Wahlen) auf dieser Grundlage in weiteren Verhandlungen einzutreten. Dabei geht die Versammlung von der Voraussetzung aus, daß die bisherige Vorlage zurückgezogen wird.

Dieser Beschluß wurde gefaßt in Rücksicht auf ein Günstigeres Protokoll vom 18. Januar, in dem vorgeschlagen wird, den beiden jetzt bestehenden Ständen einen dritten Stand anzunehmen und für jeden Stand 50 Abgeordnete zu wählen. Die Moskauer Versammlung wählte eine Abordnung. Diese soll beiden Großherzögen die Resolution überreichen.

Das Zentrum in Oberschlesien. Durch den Bankrott des Zentrums in den polnischen Kreisen Oberschlesiens, wurde auch das Leben der offiziellen polnischen Zentrumsblätter ausgetrieben. Das letzte polnische Zentrumsorgan die Gazeta Katolicka ist eingegangen. Das scheint dem Zentrum nicht genügend zu beweisen, daß das polnische Volk von den Zentrumsblättern nichts wissen will, es soll ein neues polnisches Zentrumsblatt gegründet werden. Der Alexanderismus wird jedoch damit keine Stärkung erhalten, denn wenn auch die polnische Presse der Richtung Papieralshys und Korfantys Alexikal ist, die Gründung eines Zentrumsblattes wird nur Anlaß zu neuen Kämpfen zwischen den deutschen und polnischen Alexikalisten bieten. Natürlich werden diese Kämpfe die Befreiung des polnischen Volkes vom Alexanderismus überhaupt nur beschleunigen.

Das Erbe. Die freikonservative Korrespondenz hatte berichtet, daß der verstorbene Landesökonomierat Kennemann laut Testament vom Jahre 1902 den preussischen Staat zum Erben seines gesamten Grundbesitzes eingesetzt habe. Das Erb dieser hochpatriotischen Mannes ist in allen Tonarten gesungen. Jetzt muß die Kreuzzeitung feststellen, daß Herr Kennemann seinem Vaterland keinen Kr und keinen Palm vermachte hat.

Der Stadtrat von Karlsruhe will einen prinzipiellen Kampf darüber ausfechten, ob die Städte verpflichtet sind, die Lokalitäten für die Wüstung und Ausbeutung der Kerkuren zu stellen und die hierfür entstehenden Kosten zu tragen. Er hat gegen eine entsprechende Verfügung des Bezirksrats einer Staatsbehörde Berufung an den badischen Verwaltungsgerichtshof eingeleitet.

Alte politische Nachrichten. Der in Pjöehoe tagende gemeinsame Parteitag der linksliberalen Parteiorganisationen in Schleswig, Hamburg und Lübeck beschloß den Zusammenschluß durch Annahme des Parteistatus der fortschrittlichen Volkspartei. — Heute beginnen die großen Schiffsmanöver der englischen Kriegsschiffe, an denen 100 Schiffe teilnehmen werden. — Am Sonnabend abend sind zwei türkische Jägerbataillone unter dem Kommando des Brigadegenerals Osman und zwei Batterien nach Oberitalien abgegangen. Die Gesamtzahl der ausgehenden Truppen beträgt etwa 20 000. — Zu dem hauptsächlich von Armeniern bewohnten Ort Eghin in Anatolien herrschte seit einiger Zeit bereits Hunger und Seuche; in den letzten Tagen sind 80 Personen infolge Hungers gestorben. — Die bulgarische Regierung hat der Forie den Entwurf eines Grenzreglements überreicht, nach dem längs der Südgrenze Bulgariens eine neutrale Zone geschaffen werden soll, die die beiderseitigen Soldaten nur unbewaffnet passieren dürfen. — Das Abgeordnetenhause des neuen australischen Bundesparlamentes setzt sich zusammen aus 30 Antisozialisten und Protektionisten unter der Führung des Premierministers Deakin, aus 41 Mitgliedern der Arbeiterpartei und aus 4 Unabhängigen.

Persten.

Ein Ueberfall auf den britischen Konsul.

Tehran, 17. April. Nach einer heute hier eingetroffenen Nachricht ist der frühere britische Konsul Bill in Schiras am 15. April auf der Reise nach Japan von Eingeborenen angegriffen worden. Zwei Spons seiner Begleitung wurden getötet, während Bill seine Reise fortsetzen konnte.

Wahrscheinlich soll dieser „Ueberfall“ nur dazu dienen, dem englischen Druck auf Persien wegen Ablehnung der Anleihe stärkere Formen zu geben.

China.

Ein Aufstand gegen die Fremden.

Hankau, 17. April. Alle den Ausländern gehörigen Gebäude sind in Brand gesteckt worden, ausgenommen das englische Konsulat. Wenn auch das Gerücht geht, der Gouverneur sei ermordet worden, so glaubt man doch, daß er sich verborgen hält. Die Truppen schritten nicht gegen die Aufständigen ein. Es ist Befehl ergangen, die Missionen der ganzen Provinz zu räumen, da die Beamten einen allgemeinen Aufstand fürchten und sich außerstande erklären, die Fremden zu schützen. Der Kluge hat Truppen in Stärke von zweitausend Mann abgeleitet.

London, 17. April. Das Meuterische Bureau meldet aus Tchangsha: Der Gouverneur und sein Sohn sind getötet, das Jansen zerstört worden. 24 000 Minderer suchen die Stadt heim, die in Brand steht. Die norwegische und die katholische Mission sind verbrannt und die übrigen zerstört. Daraus folgte eine allgemeine Verwüftung des fremden Eigentums, darunter auch des japanischen Konsulates. Zur Nachtzeit wurde ein ohne Licht fahrendes Boot von dem nach Tchangsha eilenden englischen Kanonenboot Thistle überrannt. Drei deutsche Missionare sollen sich an Bord befunden haben und ertrunken sein. Man weiß indessen nur von acht Deutschen, die sich in Tchangsha befinden haben und alle in Sicherheit sein sollen. Ein späterer Bericht besagt, daß drei Amerikaner vernichtet werden und diese möglicherweise mit dem Boote untergegangen sind.

Schanghai, 18. April. Der Oberbefehlshaber der englischen Seestreitkräfte in Ostasien sprach dem deutschen Generalkonsul sein Bedauern aus, daß durch das englische Kanonenboot Thistle ein Boot mit drei deutschen Missionaren zum Sinken gebracht worden sein soll.

London, 18. April. Die Times berichtet über die fremdenfeindlichen Unruhen in Tchangsha, die chinesischen Beamten erklären, daß es ihnen unmöglich sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten und für den unbedingten Aufenthalt der Fremden nicht eintreten könnten. Diese Erklärung rief große Erregung hervor und die Europäer brachten sich alle in Sicherheit. Es fällt allgemein auf, daß nur der englische Konsul an Ort und Stelle verblieb.

Moskau, 18. April. Das Prinzenpaar Fushimi aus Japan ist gestern in das Ausland abgereist.

Sächsische Angelegenheiten.

Großstadtaufgaben.

Mit ihrem stetig fortschreitenden Wachstum werden die Großstädte vor immer neue Aufgaben gestellt. Die alten gemeinnützigen Einrichtungen erweisen sich, je größer Menschenmassen in den Zentren des gesellschaftlichen Lebens zusammenströmen und je höher die Anforderungen des einzelnen an diese Einrichtungen steigen, als unzureichend. Eine der wichtigsten Aufgaben, vor die die großen Gemeinden durch die Bevölkerungszunahme und die gesteigerten hygienischen Anforderungen der Neuzeit gestellt werden, ist die Beseitigung der menschlichen Exkremente. Die alte Form der Abfuhr der Fäkalien auf die Felder der Umgebung oder der Einleitung in Ströme und Flüsse erweist sich auf die Dauer als un-

möglich, und es muß deshalb zu kostspieligen Neu- einrichtungen geschritten werden, die die Beseitigung der Abfallstoffe auf eine für die Allgemeinheit unerschöpfliche Weise gestatten. Vor diese Notwendigkeit steht sich seit einer Reihe von Jahren die Stadt Dresden gestellt. Dieser oder vielmehr der Düngereportgesellschaft, der die Abfuhr der Fäkalien in Dresden übertragen ist, war es gelungen worden, diese Stoffe unterhalb der Stadt in die Elbe einzuführen, nachdem ihre Abgabe an die Landwirtschaft auf immer größere Schwierigkeiten stieß. Diese Form der Abfuhr war aber wegen der damit verbundenen Verunreinigung des Flusses auf die Dauer unhaltbar; die Stadt mußte sich deshalb nach einem andern System umsehen. Sie entschied sich zur Einführung der Schwemmanalysation, nachdem die Einführung des Rieselfeldsystems an der Unmöglichkeit der Beschaffung eines für die Verlesungszwecke tauglichen und genügend großen Geländes gescheitert war. Es wären dazu 2200 Hektar Land erforderlich gewesen. Auch bei der geplanten Schwemmanalysation, für die die Anlagen im wesentlichen bereits fertiggestellt sind, werden die Abfallwässer nach ihrer vorherigen Reinigung von allen festen Stoffen von mehr als zwei Millimeter Umfang der Elbe zugeführt werden.

Der Anschluß sämtlicher im Stadtgebiet gelegenen bebauten und künftig noch zur Bebauung gelangenden Grundstücke an die Schwemmanalysation ist durch Ordisgesetz bereits im Jahre 1905 vorgeschrieben worden. Nach Fertigstellung der Schwemmanlagen, die in kurzer Zeit zu erwarten ist, wird darauf gedrungen werden müssen, daß innerhalb einer bestimmten Frist der Anschluß vollzogen wird. Dem stellt sich jedoch ein erhebliches Hindernis entgegen: zahlreichen Grundstücksbesitzern, die für ihre Person gern bereit wären, ihre Grundstücke anzuschließen, fehlen die Mittel, um die erforderlichen Wasserlosetanlagen herzustellen und die vorhandenen Düngergruben zu beseitigen. Die Stadt Dresden hat nun zu dem Hilfsmittel gegriffen, mit Hilfe der städtischen Grundrenten- und Hypothekbank, die am 1. Oktober 1900 als gemeinnützige Anstalt zu dem Zwecke ins Leben gerufen worden war, um zur Durchführung von Straßen- und Entwässerungsbauten usw. Darlehen zu gewähren, den Grundbesitzern gegen Belastung ihrer Grundstücke mit Renten die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Summen werden gewährt unter der Voraussetzung, daß die Besitzer sich mit ihrer Eintragung als Reallasten im Grundbuche einverstanden erklären. Den Reallasten gehen auf dem betreffenden Grundbuchblatt ausnahmslos nur Landeskulturrenten, Landrenten und Ablösungsrenten vor. Dieses System hat nur den einen Nachteil, daß zu seiner Anwendung im Einzelfalle die Zustimmung sämtlicher Hypothekengläubiger des in Frage kommenden Grundstücks erforderlich ist, da deren Hypotheken dann hinter der von der städtischen Hypothekbank gewährten Rente stehen. Es ist nun klar, daß die Einholung dieser Zustimmung in vielen Fällen überhaupt unmöglich sein würde und die allgemeine Durchführung der Schwemmanalysation an diesem Widerstande scheitern müßte. Die Dresdener Gemeindeverwaltung hat sich deshalb an die sächsische Regierung gewandt mit dem Ersuchen, durch einen gesetzgeberischen Akt den Schwemmanalysationsrenten den gesetzlichen Vorrang vor anderen, älteren Grundstücksrenten zu sichern, diese Renten, außerdem gleichzustellen, die von der staatlichen Landeskulturrentenbank zur Durchführung von Grundstücks- und Entwässerungen, sowie Wasserlaufsberichtigungen gewährt werden.

Die Regierung ist dem Ersuchen nachgekommen durch Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, der jetzt dem Landtage (Dezret 22) vorliegt. Das Dekret bestimmt im wesentlichen, daß den Schwemmanalysationsrenten der Vorrang vor sonstigen Grundstücksbelastungen unter Einführung bestimmter Ausnahmen gewährt wird. Die im Grundbuchblatt einzutragende Reallast erhält den Vorrang nur, wenn die vom Grundstücksbesitzer an die Hypothekbank zu zahlende Rente, die zugleich Verzinsung und Tilgung des gewährten Darlehens darstellt, höchstens 6 Prozent des Darlehens beträgt und nur bis zu einer Dauer von 30 1/2 Jahren läuft. Nach diesem Zeitraum sind die Verpflichtungen des Grundstücksbesitzers gegen die Hypothekbank erfüllt. Die Rente darf ferner nicht mehr als 3 Prozent des jährlichen Mietertrags des Grundstücks betragen; durch Festsetzung dieser Höchstgrenze soll den Befürchtungen der Hypothekengläubiger vorgebeugt werden, daß ihre Hypotheken entwertet werden könnten.

Der Gesetzentwurf stellt einen für die Erfüllung städtischer gemeinnütziger Aufgaben bisher noch nicht beschrittenen Weg dar, obwohl er, wie schon erwähnt, in dem Gesetz über die Landeskulturrentenbank bereits einen Vorgänger hatte. Der Grundtendenz des Entwurfs kann man nun zustimmen.

Wahlprüfungen.

Der liberale Verein (freisinnige Vereinigung) in Radeberg hatte gegen die Wahl des Abg. Knobloch (Konf.) im 3. städtischen Wahlkreis (Radeberg, Grothenain, Puldnitz, Radeburg, Wischofswerda, Stolpen) einen Protest eingereicht. Die erste Abteilung der Zweiten Kammer hat jetzt ihren Bericht erstattet. Bei der Hauptwahl am 21. Oktober hatte in dem Wahlkreis keiner der aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht. Es hatte deshalb Stichwahl stattfinden müssen zwischen Knobloch und seinem Genossen Lagerhalter Braune. Braune hat in der Hauptwahl 8888 Stimmen erhalten, während der unterlegene liberale Kandidat Rechtsanwalt Dr. Hippe-Dresden 8299, also 86 Stimmen weniger auf sich vereinigte. Der Protest verlangt nun nachzuweisen, daß Dr. Hippe und nicht der sozialdemokratische Kandidat mit dem Konservativen in Stichwahl gekommen wäre, wenn nicht verschiedene Wahlregelverstoße vorgekommen wären, und der Protest folgere weiter, daß im Falle einer Stichwahl zwischen dem konservativen und dem liberalen Kandidaten wahrscheinlich der letztere gewählt worden wäre. Zum Beweise führt der Protest zahlreiche Fälle an, wo Personen gewählt haben, denen kein Wahlrecht zustand. Weiterhin legt der Protest noch Gewicht auf die Tatsache, daß der Bürgermeister Richter in Radeburg mit seinem Amtstitel unterzeichnete Einladungen zu einer Wählerversammlung hat ergehen lassen, worin der Bürgermeister dann für die Wahl des konservativen Kandidaten Knobloch eingetreten ist. Die Abteilung ist zu der Ansicht gekommen, daß trotz aller zugunsten des Protestes angenommenen Möglichkeiten noch immer ein Unterschied von einer Stimme zugunsten des in die engere Wahl gekommenen Sozialdemokraten Braune bestünde. Bezüglich der Wahlbeeinflussung durch den Bürgermeister Richter erklärt die Abteilung in der mit dem Amtstitel unterzeichneten Einladung und der Austragung der Einladungen durch den Stadtwahlmeister eine Ungehörigkeit, die aber gemildert

werde durch den Umstand, daß es sich nur um die Einladung der Vertrauensmänner aller Parteien zu einer Vorgesprächung gehandelt habe. Als eine ausschlaggebende Beeinflussung hat das die Abteilung nicht angesehen. Daher wird beantragt, die Wahl des Abgeordneten Knobloch für gültig zu erklären.

Ein schriftlicher Bericht liegt auch noch vor über den Protest gegen die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Wappler im 2. Leipziger Wahlkreis, worüber an anderer Stelle in dieser Nummer berichtet wird.

Auch der Bericht über den gegen die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Dr. Roth eingereichten Protest soll nach der Jütener Morgenzeitung fertiggestellt sein und auf Gültigkeit der Wahl lauten. Die Richtigkeit dieser Meldung wird von anderer Seite bestritten. Jedenfalls ist bis jetzt der schriftliche Bericht noch nicht erteilt worden. Die Wahl Dr. Roths steht auch noch nicht auf der Tagesordnung der heutigen Abendigung der Zweiten Kammer.

Es ist erreicht!

In der bürgerlichen Presse wird über den Stand der Schiffsabgaben aus Berlin gemeldet:

„Die Verhandlungen, die Preußen neuerdings mit Sachsen, Baden und Hessen in der Frage der Schiffsabgaben geführt hat, sind nun zum Abschluß gelangt. Bei der vorigen Abstimmung im Bundesrat vom 3. Februar d. J., in welcher statt der zur Ablehnung notwendigen 14 Stimmen nur 12 Stimmen gegen den preussischen Mod mobil zu machen waren, haben die Bundesstaaten den Zweck verfolgt, den preussischen Entwurf, dessen Einbringung nicht mehr zu verhindern war, wenigstens in seinen Einzelheiten ihren Bedürfnissen etwas mehr anzupassen. Ueber diese partikularen Konzessionen, durch die Preußen nach außen hin einen schweren Vorwurf der Bergewaltigung von Bundesstaaten vor sich abwehren möchte, ist jetzt eine Einigung zustande gekommen. Der Bundesrat wird nun in den nächsten Tagen den Gesetzentwurf genehmigen. An seine Erledigung im Reichstage vor der Vertagung ist aber nicht mehr zu denken. Es wird höchstens noch die erste Lesung stattfinden.“

Es ist also gekommen, wie wir es vorausgesehen haben: die durch die Schiffsabgaben hauptsächlich geschädigten Staaten, darunter Sachsen, haben sich mit Preußen geeinigt. Im Reichstage nun der Wiedereinführung der Schiffsabgaben keine Schwierigkeiten mehr im Wege. Die Zeit, die noch verstreichen wird, bis die Schiffsabgaben auch im Reiche angenommen werden, wird Preußen nun benutzen, um mit dem an der Wiedereinführung der Schiffsabgaben interessierten Ausland, namentlich Oesterreich, anzubäneln, um auch diesen Widerstand zu besiegen. Wir zweifeln nicht, daß auch dies Preußen gelingen wird.

Befolgungen an Eisenbahnarbeitern. Im Bereiche der Staatsbahnenverwaltung werden bekanntlich Arbeiter für befriedigende Dienstführung Geldbefolgungen gewährt, die nach 25jähriger Dienstzeit 30 Mark betragen und nach je 5, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45- und 50jähriger Dienstzeit auf je 40 Mark, 60 Mark, 80 Mark, 100 Mark und 150 Mark steigen. Derartige Befolgungen sind im ersten Vierteljahr 1910 bewilligt worden: an 1 Arbeiter nach 25jähriger Dienstzeit, an 6 Arbeiter nach 40jähriger Dienstzeit, an 47 Arbeiter nach 55jähriger Dienstzeit, an 20 Arbeiter nach 60jähriger Dienstzeit und an 58 Arbeiter nach 65jähriger Dienstzeit. — Nach einer neueren Verfügung der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen werden diese Geldbefolgungen unter gleichen Voraussetzungen erhöht und zwar mit Gültigkeit vom 1. April dieses Jahres an auf 50 Mark nach 25jähriger Dienstzeit und so fort aller 5 Jahre bis auf 80 Mark, 80 Mark, 100 Mark, 200 Mark und bis auf 300 Mark nach 50jähriger Dienstzeit.

Wie kann sich Vater Staat auf diese horrenden Befolgungen an Arbeiter usw. nach viertel- bis halbhundertjähriger Abredezeit nicht einbilden. Es wäre besser, wenn der Staat weniger den Wohlthäter spielte und lieber die Arbeiter angemessen bezahlte.

Was sagen die Freisinnigen dazu? Der Vorstand des Landesverbandes der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Düncker) hat folgende Entschliessung gefaßt: „Im Hinblick auf die Entlassung der Chemnitz Eisenbahnwerkstättenarbeiter erklärt der Vorstand einstimmig, wie schon auf dem Delegiertentage in Bautzen, daß auch den Arbeitern in Staatsbetrieben volle Koalitions- und Versammlungsfreiheit gewährleistet werden muß und daß sie in diesem Verhältnis zu Gewerkschaften und Gewerkschaften zu treten haben, wie es schon für jeden andern gewerblichen Arbeiter besteht.“

Die Hirsche stehen bekanntlich auf freisinnigem Boden. Die freisinnige Fraktion des Landtags steht bekanntlich auf dem Standpunkt der reaktionären sächsischen Regierung, daß den Eisenbahnern mit Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs das Koalitionsrecht verweigert werden müsse. Was sagen nun die Günther und Kompanie zu den Beschlüssen des Vorstandes der Gewerkschaften?

er. Dresden. Vor einiger Zeit hatte der Führer der Hauptgewerkschaft im Stadtparlament, der reformerisch-konservative Stadtv. Rechtsanwält Rohmann, in der Sitzung des Kollegiums die Dresdener Volkszeitung demunziert, daß sie Mitteilungen aus einer geheimen Sitzung (es handelte sich um eine Irdisangelegenheit) veröffentlicht hätte. Was vordem bürgerliche Zeitungen wiederholt und in ausgiebiger Weise in ähnlichen Fällen getan hatten, ohne daß ein Hahn danach gekräht hätte, glaubte dieser Herr, der noch immer nicht seinen Durchfall bei den letzten Landtagswahlen verschmerzt hat, hier zu einer Staatsaktion machen zu sollen. Pflichtschuldigst sagte der Vorsteher die Einleitung einer Untersuchung zu, deren Ergebnis war, daß jetzt ein Schreiben des früheren Stadtverordneten Genossen Fleischer bekannt gegeben wurde, in dem dieser mitteilt, es sei zwar sonst in Zeitungsredaktionen nicht üblich, die Verfasser von Artikeln zu nennen, daß aber auf seinen Vorschlag die Redaktion beschloßen habe, hiervon Abstand zu nehmen. Er (Fleischer) bekennete sich selbst als Verfasser des Artikels, den er geschrieben habe, weil die Angelegenheit großes lokales Interesse habe. Unter Hinweis auf gleiche Fälle, in denen es sich um bürgerliche Blätter handelte, betonte unser Genosse noch, daß durch die Mitteilung niemand geschädigt worden sei. Mit dem Vorschlag des Vorstehers, damit die Sache für erledigt anzusehen, künfte aber aus geheimen Sitzungen nichts mehr an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, erbetete die Staatsaktion. Herr Rohmann kann nun wieder beruhigt schlafen.

Chemnitz. Nachdem die Stadt der Arbeiterkassette für die Versammlung am 1. Mai einen städtischen Platz am Zeißgwall zur Verfügung gestellt hat, genehmigte die Polizeiverwaltung auch einen Umzug mit Musikkorps, Fahnen und Standarten nach dem Versammlungsort.

Flauen. Die neue Anleihe der Stadt für Gemeindegewerke kam in der letzten Sitzung des Kreisaußschusses in Zwickau zur Verhandlung. Obwohl der Referent meinte, daß der Rathausbau zu den „unproduktiven“ Ausgaben gehörte, die die Regierung nach dem bekannten Ministerialerlass nur in Dringlichkeitsfällen genehmigen wolle, wurden 8 500 000 Mark für den Rathausneubau bewilligt und dem Ministerium zur Genehmigung empfohlen. Ferner wurden 2 Millionen für Klärungszwecke genehmigt, 170 000 Mark für Tiefbauten, 1 Million für die neue Friedhofsanlage, 2 Millionen für den Aufwand im Falle eines Erwerbes der Straßenbahn, 800 000 Mark für Vergrößerung des Krankenhauses, 275 000 Mark für Unte-

führung der Pausenstraße und weitere Beträge für Erweiterung der Gaswerke. Die Kasse wird sich im ganzen auf rund 18 Millionen Mark belaufen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Plauen ist das vierjährige Bühnenkind Erich der ledigen Arbeiterin Herger aus dem 4. Stock auf die Straße gestürzt. Das Kind erlitt einen komplizierten Schädelbruch und war sofort tot. Die Mutter war mit dem Ausschneiden von Maschinenteilen beschäftigt, das Kind saß auf einem in der Nähe des Fensters stehenden Tisch. Von dort aus sah es unten spielende Kinder an, beugte sich zu weit vor und verlor das Gleichgewicht. — In Neumanns Regelwerk im Stadtteil Haselbrunn zu Plauen wollte eine 35jährige böhmische Arbeiterin Alwine Ponda im ersten Stockwerk des Regelgebäudes einen Schubkarren voll nasse Ziegel auf den Fahrstuhl transportieren und stürzte dabei samt dem Schubkarren in die Tiefe. Bei dem Absturz hat die verunglückte Arbeiterin schwere Verletzungen erlitten, u. a. wurden ihr alle Weichteile des Gesichtes zerrissen. Die Verdauernswerte wurde noch lebend ins städtische Krankenhaus gebracht. — Ein großer Waldbrand brach in dem königlichen Forst zu Königsbrunn aus. Trotz herbeigeeilter Hilfe aus den umliegenden Dörfern vernichtete das Feuer zirka 10 Acker awansigjährigen Waldbestand.

Hus den Nachbargebieten.

Die Altenburger Landtagswahlen
haben uns noch einen weiteren Sieg gebracht. Im 4. ländlichen Wahlkreis wurde Genosse Köhler mit 1434 gegen 1426 Stimmen, die der Kandidat des Bundes der Landwirte erhielt, gewählt. Der Landtag setzt sich nunmehr zusammen aus 14 Bund der Landwirte, 8 Konservativen und Nationalliberalen, 7 Sozialdemokraten und 3 Fortschrittliche Volkspartei. Die Sozialdemokraten haben 4 Sitze gewonnen. Die Stimmenvermehrung im ganzen Lande beträgt für die Sozialdemokratie nahezu 3000. Die agrarische Mehrheit des Landtags ist vollständig vernichtet.

Elleben. In geheimer Sitzung lehten die Stadtverordneten die Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes ab. Die Versorgung der Stadt mit Licht und Kraft wurde beschlossen, in Betracht kommen zwei Privatunternehmen, die Kleinbahn und die Liebeckwerke.

Reichenberg. Der Verein der Freunde der Feuerbestattung Flamme hat mit der Stadtgemeinde einen Vertrag geschlossen, wonach der Verein im Gebiete der Stadt ein Krematorium errichten wird. Die Baukosten im Betrage von 140 000 Kronen werden vorläufig vom Verein Flamme getragen, jedoch sechs Monate nach der Betriebsöffnung von der Stadtgemeinde zurückerstattet.

st. Aus Sachsen-Weimar. Eine Gemeindevertreter- sowie eine Landeskonferenz fanden am Sonnabend und Sonntag in Weimar statt. Zu der ersteren waren aus 15 Orten 38 Gemeindevertreter und aus einer größeren Anzahl von Orten noch 14 Delegierte erschienen. Die Gemeindevertreterkonferenz beschäftigte sich mit der Schaffung eines Kommunalwahlprogramms. Im ersten Teil desselben sind die Forderungen enthalten, die die Gemeindevertretungen an den Staat zu stellen haben, während der zweite Teil die prinzipiellen Forderungen enthält, die den Gemeindevertretern als Richtschnur für ihr Handeln innerhalb der Gemeindevertretungen dienen müssen. Die Landeskonferenz war aus 42 Orten mit 88 Delegierten besetzt. Außer dem Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage wurde der Bericht über die letzten Landtagswahlen erstattet. Im Anschluß hieran fand eine Erörterung über die Regelung der Verhältnisse im Grobherzogtum statt. Es lag ein Antrag vor, der die Schaffung eines einheitlichen sozialdemokratischen Presseunternehmens für das Großherzogtum forderte. Die Wichtigkeit dieser Frage hatte den Parteivorstand veranlaßt, den Genossen Pfannkuch-Berlin als Vertreter zur Landeskonferenz zu entsenden; außerdem waren die Geschäftsführer der beiden Parteidruckerien, die an der Lösung der Frage interessiert sind, Genosse Beiterlein-Gera und Genosse Stegmann-Erfurt zugegen. Genosse Pfannkuch mahnte zur größten Vorsicht in dieser Frage, da die Verhältnisse in Thüringen, wenn auch verbesserungsbedürftig, aber noch lange nicht die schlechtesten seien. Es wurde beschlossen, die weitere Regelung dieser Frage den zuständigen Instanzen der einzelnen Wahlkreise zu übertragen. — Zu den im Herbst stattfindenden Wahlen zu den Bezirksausschüssen, die unter einem vollständig neuen Wahlgeseß stattfinden müssen, wird sich die Partei in allen Kreisen beteiligen, wo Aussicht auf Erfolg möglich ist.

Hus der Umgebung.

Sitzung des Bezirksausschusses.

Der Bezirksausschuß genehmigte einen Antrag zum Ortstatut der Gemeinde Bachau. In dieser Gemeinde ist die

Zahl der Gutbesitzer dermaßen zusammengeschnitten, daß sie keinen Vertreter mehr durchbringen können, obwohl sie mehr als die Hälfte der Steuern aufbringen. Es ist deshalb eine neue Klassenordnung für die Gemeindevahlen getroffen worden, wonach die Gutbesitzer 2, die Hausbesitzer (die wiederum in zwei Abteilungen zerlegt werden) 4 und die Unbesitzigen 2 Vertreter erhalten sollen. — Genehmigt wurde das Ortstatut über die Verhältnisse der Gemeindevahlen in Gethra. — Der Gehalt des Gemeindevorstandes zu Wiederitz wurde auf 2400 M. festgesetzt. Die bisher ihm zugesprochenen Nebenbezüge sollen an die Gemeindekasse abgeführt werden. — In Grotzsch soll ein Ausdängelaßen für Verhinderung amtlicher Bekanntmachungen angebracht werden. — Die Wegwechselabgabenerordnung für Zehmen wurde befristet, ebenso wurden bewilligt die Gesuche der Gemeinden Engelsdorf, Liebertwolkwitz, Stöhma, Paunsdorf und Paalsdorf wegen Aenderung der Einquartierungsordnung. — Einber in Thelma wurde bedingungslos erlaubt, eine Schweinefleischerei zu errichten. — Der Antrag zum Ortstatut der Gemeinde Dreiskau über die Aufbringung der Gemeindevahlen, Kirchen- und Schulanlagen wurde genehmigt. Die Gemeinde geht von der Kopfteuer zur Einkommensteuer über. Die Steuern sollen doppelt herangezogen werden. Ebenso wurde das Ortstatut der Gemeinde Döbmitz genehmigt, das ähnliche Bestimmungen enthält. Auch die Gemeinden Paalsdorf und Leuzsch haben ihr Steuerregulativ geändert; ihnen wurde ebenfalls zugestimmt. — Das Steuerregulativ für Quaschitz ist neu. Es soll 20 Proz. des Bedarfs durch Grundsteuer und der Rest durch Einkommensteuer, zu der die Steuern doppelt herangezogen werden, aufgebracht werden. — Genehmigt wurden Aenderungen des Ortsgeseßes für die Gemeinde Stahmelu. — In Engelsdorf will eine Baugesellschaft einen Komplex Anlagen bebauen. Der Plan wurde genehmigt, falls die Gemeinde in der Lage ist, die ihr dadurch entstehenden Kosten zu tragen. — Die Gemeinde Paunsdorf hat ihr Steuerregulativ ebenfalls geändert. Die Grundwertsteuer, die bisher im Betrage von 28 pro Tausend erhoben wurde, soll nur zu 2 pro Tausend eingezogen werden. Zum Ausgleich dafür ist der Einkommensteuer die Staatssteuerstaffel zugrunde gelegt, wodurch die kleinen Einkommen etwas besser wegkommen, die größeren Einkommen aber stärker als bisher herangezogen werden. Die Aenderung wurde vom Bezirksausschuß genehmigt. — Schließlich wurden Grundbesitzabrechnungen in Sommerfeld, Plößen, Barneck, Schönefeld, Grassdorf und Döbmitz gutgeheißen.

Schönefeld. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde mitgeteilt, daß das Ortsgeseß über die Einrichtung einer Freibank von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden ist. — Einige Straßen- und Schienenbauten auf dem zwischen der Leipziger Straße und der Weststraße gelegenen Areal der Mariannenstation sind ebenfalls genehmigt worden. — Wegen der Aenderung der Hauptstraße soll mit der Leipziger Elektrischen Straßenbahn weiter verhandelt werden. Es soll versucht werden, die Gesellschaft dazu zu veranlassen, daß die Weiche vom Postamt bis zur Gartenstraße verlängert wird. — Von der Anstellung eines ständigen Gemeindegärtners wurde abgesehen. — Der Schmiedplatz an der Bergstraße soll mit einer eisernen Einfriedigung versehen werden. — Das zur Verbreiterung des Hofwegs erforderliche Land ist noch nicht beschafft worden. Der erforderliche Straßen- und Schienenbau kann deshalb noch nicht ausgeführt werden. Die Einhaltung der gestellten Bedingungen soll gefordert werden. — Die früher geplanten Vorgärten an der Straße V und an der Südseite der Straße IV auf dem Lindenallee Gelände sollen weggelassen und dafür die Straßen entsprechend verbreitert werden. Eine dahingehende Aenderung des Teilbauplanes Nr. 1 ist zur Genehmigung einzureichen. — Auf dem Wasserwerkgrundstück sollen einige Bohrlöcher hergestellt werden, um den Grundwasserstand zu prüfen, womit eine Leipziger Firma beauftragt werden soll. — Für das Sonnenbad sollen ein Barren, sowie Panteln, Bälle usw. beschafft werden. Für das Gemeindegarten wurden Fräulein Stein in Neuschönefeld und Fräulein Jurisch als Kassierinnen und Frau Mäurer von hier als Aufsichtsfrau gewählt. Die Stellen des Badewerwalters und Bademeisters sollen nochmals ausgeschrieben werden. — Als Stellvertreter des Stabsbeamten soll Sekretär Böner vorgeschlagen werden. Von einer Besetzung durch einen neu anzustellenden Beamten wurde vorläufig abgesehen. Zugestimmt wurde der Vergütung von 10 M. für Land beim Schienenbau in der Weststraße. Die Mittel zur Anlegung von besonderen Grundbuchblättern für die Baupläne an der Lindenallee wurden bewilligt.

Döbmitz. Gemeinderatsitzung vom 15. April. Von einer Anregung der Amtshauptmannschaft über die Einführung des Sonn- und Feiertagsdienstes der Kerkze wurde Kenntnis genommen. Die Einführung des wechselseitigen Dienstes ist aber aus Schwierigkeiten bei den Kerkzen gestochen. In Döbmitz soll jedoch noch ein Versuch unternommen werden. — Eingegangen ist eine Nachforderung von 1000 M. für den Bau der Städtelner Straße. Begründet wird dies damit, daß bei Legung des Stiebes

Zementseife sehr mit Grundwasser zu kämpfen gewesen ist. Der Gemeinderat kann ein Recht auf Entschädigung nicht anerkennen, um so weniger, da der Ausführliche Weglicher Einwohner ist und Kenntnis von dem hohen Grundwasserstand haben mußte. Bemängelt wurde hierbei die nicht ordnungsmäßige Herstellung dieser Straße, die Erfüllung der Garantien soll gefordert werden. Der Straßen- und Schienenbau der Städtelner Straße wurde im Jahre 1908 im Submissionswege vergeben. Der Unterschied zwischen Höchst- und Mindestfordernden betrug 80 Prozent (45000 M. gegen 25000 M.). Der Mindestfordernde erhielt den Zuschlag. — Der Gemeinde ist ein Vermächtnis von 300 M. zur Grabpflege von Frau Jahn übergeben. Davon sollen 80 M. zur Herstellung und die Zinsen bis zum Jahre 1941 zur Grabpflege benutzt werden. Dann verfallt die Summe einem gemeinnützigen Zweck. Die Gemeindeanlagen für 1910 werden zum zwölffachen Steuerfuß, wie im Vorjahre, ausgeschrieben. Lehrlinge unter 400 M. Einkommen sind steuerfrei. Auf eine Anfrage unseres Genossen, ob die Amtshauptmannschaft das Dispensationsgesuch des Gemeinderates (mit Ausnahme des Fragestellers) auf Entbindung vom ministeriellen Willen zwecks Aenderung der Anlagenordnung genehmigt habe, teilt der Vorsitzende mit, daß noch keine Antwort eingegangen sei. Der Gemeinderat hatte mit Aenderung durch die Landesgesetzgebung gerechnet. Dem hielt unser Genosse die Ausführungen der Amtshauptmannschaft Zittau gegenüber, die in einem ähnlichen Falle sagt, daß wahrscheinlich bis zur nächsten Landtagsession ein Entwurf ausgearbeitet sei. Zweifelhaft bleibt aber, ob der Entwurf Gesetz werde, da auch über den letzten Entwurf eine Einigung zwischen der Staatsregierung und den Ständen nicht erzielt werden können. Sollte jedoch der Entwurf Gesetz werden, so dürfte annehmbar eine geraume Zeit vergehen, bevor dieses Gesetz in Kraft tritt, da den Gemeinden Zeit gelassen werden müsse, die zur Einführung der dort vorgesehenen neuen Steuern erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Demnach hätte Döbmitz noch eine geraume Zeit zu warten, — falls die Amtshauptmannschaft Dispensation erteilt — bis die ungerichte, die ärmere Bevölkerung am meisten belastende Steuerstaffel geändert wird. Der Gemeindevorstand versprach zwar, im Verein mit anderen Gemeindevorständen eine Beschleunigung dieser Frage zu versuchen. — Dann hatte sich der Gemeinderat mit einem Armenunterstützungsfalle zu beschäftigen, der der regsten Aufmerksamkeit bedarf. Ein Dienstmädchen, verstorben in der Döbmitz-Gaughiser Dienstbotenkrankenkasse, ist nach sechswohlicher ärztlicher Behandlung in das Leipziger Krankenhaus eingeliefert worden. Da die Dienstherrschaft und, wie es scheint, auch die Döbmitz-Gaughiser Dienstbotenkrankenkasse nur für sechs Wochen Krankheit auszukommen braucht, wurden die Krankenhausekosten von der Gemeinde resp. Armenkasse eingekordert. Dies ist nun schon der zweite ähnliche Fall. Es scheint, als ob Interessenten öfter diesen Weg auf Kosten der Gemeinde einschlagen wollten. Die Krankenhausekosten sollen jedoch von der Dienstherrschaft eingekordert werden.

Gaugh. Die Wertzuwachssteuerordnung für unbedaute Grundstücke ist genehmigt worden und kann 14 Tage lang auf dem Gemeindeamt, Zimmer Nr. 4, eingesehen werden.

Liebertwolkwitz. Das Ortsgeseß über die Erhebung von Gebühren für die baupolizeiliche Ueberwachung von Bauten im Gemeindebezirk Liebertwolkwitz ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden und liegt 14 Tage lang im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 2, zur Einsicht aus.

Markranstädt. Die Militärpflichtigen der Jahrgänge 1888, 1889 und 1890 werden durch eine Bekanntmachung der Behörde aufgefordert, ihre Lösungsscheine sofort in der Polizeiregistratur, Rathaus, Zimmer Nr. 3, während den Expeditionsstunden gegen eine Empfangsbcheinigung abzuholen.

Auskunft in Rechtsfragen.

Bei allen Anfragen an die Redaktion ist die Abonnementsquittung vom letzten Quartal mit einzuliegen. Anfragen, denen die Auskunft nicht beizufügen ist, werden nicht beantwortet.

D. D. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

H. I. Ihr Antrag erscheint begründet. Die Ehegerichts-Klage muß durch einen Anwalt beim Landgericht eingegeben werden. Die Kosten sind ziemlich erheblich.

Briefkasten der Redaktion.

H. Derartige Empfehlungen machen wir grundsätzlich nicht. A. A. 10. Nein.

H. S. Wenden Sie sich mit einem Gesuch an die Berufsgenossenschaft, die bezeugt ist, dem in einer Heilanstalt untergebrachten Verletzten sowie seinen Angehörigen eine besondere Unterstützung zu gewähren.

G. P. 10. Eine derartige Bestimmung existiert nicht. Sie ist auch ganz überflüssig, weil es sich nicht um eine Pflicht, sondern um ein Recht der Versicherungsanstalt handelt. Ob ein neues Gesuch Erfolg haben wird, hängt ganz von den Umständen ab.

Neues Theater-Restaurant und Café

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, dass ich morgen :: ::

Dienstag, den 19. April 1910

das renovierte „Neue Theater-Restaurant u. Café“ eröffne. Mit der höfl. Bitte, mich in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne Hochachtungsvoll

Hermann Zimmer.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. April.

Geschichtskalender. 18. April 1480: Thomas Morus geboren. 1774: Friedrich König, der Erfinder der Buchdruckerschneidpresse, in Eisenach geboren († 1839). 1790: Der nordamerikanische Staatsmann Benjamin Franklin gestorben (* 1706). 1852: Die Schriftstellerin Ida Boy-Ed in Bergedorf bei Hamburg geboren. 1870: J. Liebig gestorben. 1895: Der Friede von Shimonoseki beendet den Krieg zwischen China und Japan. 1897: Kriegserklärung der Türkei an Griechenland.

Sonnenaufgang: 5,2, Sonnenuntergang: 8,50. Monduntergang: 3,5 vorm., Mondaufgang: 10,48 vorm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. April. Westwinde, Abnahme der Bewölkung, wärmer, vorwiegend trocken.

Achtung, Mafseier!

Die Vorstände und Vertrauensleute der Parteiorganisation des Leipziger Agitationsbezirks werden daran erinnert, daß alle Verlangen nach Referenzen für Versammlungen am 1. Mai bis spätestens Mittwoch, den 20. April, beim Parteisekretär Schröder, Leipzig, Volkshaus, Feilner Straße 22, Portal rechts, letzter Eingang 1. Etage, eingegangen sein müssen.

Ferner weisen wir darauf hin, daß es zwecklos ist, Referenzen direkt zu bestellen, da die Zuweisung nur durch das Bezirkssekretariat erfolgt.

Wünsche auf bestimmte Personen können angebracht werden; sie werden soweit als möglich berücksichtigt.

Die Benachrichtigung an die einzelnen Orte erfolgt vom 23. April an.

Das Komitee. J. H.: Schröder.

Achtung, Ortskrankenkassenmitglieder!

Nach einer oberbehördlichen Anordnung darf die Ortskrankenkasse in Zukunft nicht mehr Familienunterstützung für Angehörige erwerbsloser Kassenmitglieder gewähren, und zwar auch dann nicht, wenn die für die erwerbslosen Kassenmitglieder selbst bestehende gesetzliche dreiwöchige Anspruchszeit noch nicht abgelautet ist. Diese Anordnung hat zur Folge, daß für die Familienunterstützung nach beendeter Erwerbslosigkeit immer von neuem wieder eine sechs-wöchige Karenzzeit durchzumachen ist.

Diese schädlichen Folgen können nur vermieden werden, wenn Erwerbslose sofort bei Eintritt der Erwerbslosigkeit die freiwillige Fortsetzung der Mitgliedschaft erklären. Sie sichern sich dadurch nicht nur während ihrer Erwerbslosigkeit freie ärztliche Behandlung und freie Arznei für ihre Familienangehörigen, sondern vermeiden auch die sonst immer wiederkehrenden Karenzzeiten.

Wer vollberechtigtes Mitglied ist, erklärt sich in jedem Falle der Erwerbslosigkeit sofort die freiwillige Fortsetzung der Mitgliedschaft! Diese Erklärung kann mündlich im Kassenbureau oder schriftlich, auch durch einfache Postkarte erfolgen!

Parasval!

Parasval kommt! So hieß es am Sonntag nach 3 Uhr morgens in Leipzig. Lange schon war die Fahrt von Bitterfeld nach Altenburg über Leipzig geplant, aber immer wieder mußte sie verschoben werden, weil verschiedene ungünstige Umstände den Aufstieg unmöglich machten. Zum Sonnabend war die Abreise in Leipzig nun schon gemeldet, der ungünstigen Witterungsverhältnisse wegen wurde die Abfahrt von Bitterfeld auf Sonntag verschoben. Aber auch dieser Tag sollte für Parasval ein Unglückstag werden. Wohl gelang die Fahrt bis Altenburg, jedoch auf der Rückfahrt machte sich die Landung des Ballons, der einen Propellerbruch erlitten hatte, zwischen Sommerfeld und Taucha nötig. Der Ballon mußte entleert werden, er wird heute auf zwei Wagen nach Bitterfeld befördert. Die in künstliche Luftlottenstimmung versetzte Bevölkerung ist arg enttäuscht worden; der „unbeschreibliche Jubel“, der „tosende Beifall“ der „Volksmenge“, von dem bürgerliche Blätter in echter Hurra-Stimmung schreiben, ist in das Gegenteil umgeschlagen.

Der Aufstieg in Bitterfeld erfolgte am Sonntag morgen 1/8 Uhr. In der Gondel hatten außer dem Führer, dem Hauptmann Dinglinger, noch vier Personen Platz genommen. Nach einigen Manövern steuerte das Luftschiff auf Leipzig zu.

In Leipzig wartete man schon am frühen Morgen auf das Erscheinen des Luftschiffs. Aber erst gegen 9 Uhr wurde es sichtbar. Ein silberglänzender Streifen erst, langsam größer und größer werdend. Von Rodau schien der Ballon nach dem Zentrum der Stadt zuzusteuern, bog aber dann nach Süden ab, überflog das Völkerschlachtdenkmal und entschwand den Blicken der Zuschauer.

Obwohl widrige Windverhältnisse herrschten, erreichte der Ballon nach 11 Uhr Altenburg und landete hier auf dem Exerzierplatz. Um der „unüberschaubaren Menge“ ein Schauspiel zu bieten, nahm der Altenburger Herzog in der Gondel Platz, natürlich, wie versichert wird, unter dem „tosenden Beifall der Menge“, um eine viertelstündige Fahrt zu unternehmen und einen Vorwand zu finden, die Führer des Luftschiffs mit einem Orden zu dekorieren. Um 2 1/2 Uhr nachmittags erfolgte die Rückfahrt nach Bitterfeld, wiederum über Leipzig. Nach 4 Uhr wurde er hier gelichtet. Schwer mit dem Winde kämpfend bewegte er sich über Stötteritz und Eutritzsch nach Wiederitzsch zu. Bei Seehausen ging der Ballon tiefer und tiefer. Raum 30 Meter betrug die Entfernung von der Erde. Der Propeller hatte Schaden gelitten. Die Motoren waren abgestellt und der Wind trieb nun sein Spiel mit dem Ballon, deren Insassen einen Landungsversuch unternahmen. Der Versuch mißglückte jedoch, der Ballon wurde zurückgetrieben, überflog Tetta und Wanzsch und landete dann auf freiem Felde bei Sommerfeld um 1/4 Uhr. Um landen zu können, mußte die Reifleine gezogen werden. Ein Monteur erlitt bei der Landung leichte Verletzungen, er wurde durch das Aufstoßen der Gondel aus dieser herausgeworfen.

So endete die neueste Fahrt des Parasval II abermals mit einem Fiasko. Werden von bürgerlicher Seite Versuche unternommen, derartige Fahrten in reiklamerhafter Weise zu schildern, um die Bevölkerung dem Luftsport geneigt zu machen und auf die nachfolgenden Steuerbewilligungen zu diesem Zwecke vorzubereiten, so empfiehlt es sich, derartige Versuche gegenüber kühle Ruhe zu bewahren. Damit braucht sich noch niemand gegen den ungeheuren Fortschritt zu wenden, der mit der Eroberung der Luft gemacht wurde. Nur dagegen, daß die Luftschiffer die Steuerzahlern gewaltige Summen kosten soll, daß die Bevölkerung künstlich in einen Luftstautau mel versetzt wird, muß man sich ganz energisch wenden.

Die Todesfahrt des Ballons Delisch.

Zu den verschiedenen großen Ballonunfällen, die sich in letzter Zeit ereignet haben, ist ein neuer gekommen, bei dem die Leipziger Einwohner durch mehr als allgemein menschliche Teilnahme interessiert ist, da zwei Leipziger Bürger dabei den Tod auf gräßliche Weise gefunden haben; es ist dies der 39 Jahre alte Kaufmann Karl Graupner und der 45 Jahre alte Amtstierarzt und Verlagsbuchhändler Hecker. Beide Tote gehörten dem Leipziger Luftsportverein als besonders tätige Mitglieder an. Am Sonnabend fuhr sie nach Bitterfeld, um von dort aus die Fahrt mit dem der Parasval-Gesellschaft gehörenden neuen Ballon Delisch zu machen. Trotz des Abtrains des Ingenieurs Leichterling fuhr man kurz nach 6 Uhr abends mit dem Ballon auf. Er trieb in südwestlicher Richtung. Gestrichelt wurde er von Kaufmann Lust aus Bitterfeld. Nüher den Genannten befand sich noch Herr Leichterling aus Bitterfeld mit in der Gondel. Der Ballon bewegte sich um 8 Uhr 30 Min. in 100 Meter Höhe über Halle, um 9 Uhr 15 Min. über Nieder-Eichstädt, um 10 Uhr 20 Min. über Ellersa, um 10 Uhr 35 Min. über Sommerda und um 12 Uhr über Eisenach in 400 Meter Höhe. Der Ballon trieb nach Südwest. Er geriet dann anscheinend in den am diese Zeit etwa eingetretenen Gewittersturm und verlor sich vermutlich durch Übergehen dem Gewitter auszuweichen.

Bei dem etwa eine Stunde von Eschwege entfernten Dorfe Niederbachlen schlug der Ballon in den Wald ein und dessen Trümmer stützten mit den Ästen aus dieser beträchtlichen Höhe mit ungeheurer Schnelligkeit und Macht herab. Ein Augenzeuger berichtet nun so: „Er sei in der Nacht gegen 1 Uhr durch einen schrecklichen Krach aus dem Schlafe erweckt. Er glaubte, es habe der Ballon in der Nähe eingeschlagen und hielt deshalb Ausschau. Als er nicht bemerkte, begab er sich wieder zur Ruhe. Gegen 1/8 Uhr am heutigen Morgen, als er sich zum Gittern des Viehes auf den Hof begab, sah er unter einem Baume eine Hand hervorragen. Er ging dem Grunde nach und bemerkte nun den Ballon in den Zweigen eines Kirschbaumes hängend, die Gondel mit den vier Insassen zerquetscht auf dem Erdboden liegend. Die Luftschiffer waren sämtlich tot.“

Der Befund der Leichen läßt erkennen, daß die Luftschiffer einen augenblicklichen Tod gefunden haben. Die Insassen der Gondel mußten von der Katastrophe völlig überrascht worden sein. Alle hielten die Hände krampfhaft geballt. Bei zweien zeigten sich Spuren von Blutschlag, doch glauben die Ärzte, daß der Tod erst durch den furchtbaren Aufprall der Gondel auf den Erdboden eingetreten ist.

Der Absturz muß furchtbar schnell vor sich gegangen sein, denn der Ballon ist fast senkrecht niedergefallen. Die Leichen wurden nach erfolgter Feststellung des Todes durch den Kreisarzt aus Eschwege in das Krankenhaus in Melchelsachsen gebracht und dort auf ein provisorisches Lager gebracht. Sie gewähren einen schrecklichen Anblick. Zwei sind fast unkenntlich. Die beiden andern weisen weniger erheblich ähnelnde Verletzungen auf. Der Tod scheint bei ihnen durch innere Verletzungen herbeigeführt zu sein. Alle haben vielfache Knochenbrüche davongetragen.

Ein weiteres Telegramm berichtet: Gestern früh 7 Uhr wurde in einem Garten, zwei Häuser von Reichenbachen, ein Ballonkorb mit sämtlichen Instrumenten und verschobenem Proviant gefunden. Es stellte sich heraus, daß die Trümmer dem Ballon Delisch angehörten. Im Garten lagen die Leichen der vier Luftschiffer. Zwei der Herren steckten mit dem Kopfe tief in der Erde. Alle vier hatten entsetzliche Knochenbrüche erlitten. Zum Teil bildeten sie nur noch eine formlose Masse. Einem der Herren war anscheinend der Hals durch den Arm gefahren und hatte ihm den Namen der linken Hand zerquetscht. Die Kleidung der Gebliebenen war vollkommen zerstört. Der Befund der Leichen ließ erkennen, daß die Luftschiffer einen gräßlichen Tod gefunden haben. Auf dem Antlitz von zweien war deutlich die Todesangst ausgeprägt. Die Leichen wurden später nach Eschwege gebracht. Nach Untersuchungen der Sachverständigen muß angenommen werden, daß der Ballon die vier Insassen der Gondel nicht gelähmt oder geblendet hat; sie dürften erst durch den heftigen Aufprall der Gondel den Tod gefunden haben. Der Luftschifferverein in Bitterfeld sowie die Angehörigen der Gebliebenen wurden telegraphisch von dem Unglück benachrichtigt.

Der Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Wappler vor dem Landtage.

Die zweite Abteilung der Zweiten Kammer hat über den gegen die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Wappler im 2. Wahlkreise der Stadt Leipzig erhobenen Protest folgenden Bericht erstattet (Berichterstatler Abg. Biener):

„Inverhale der gesetzlichen Frist ist gegen die Wahl des Abg. Wappler vom Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei im 2. Wahlkreise der Stadt Leipzig Einspruch erhoben worden unter Bezugnahme darauf, daß auf angeblich außerordentlichen Ratssitzung der Amtshauptmannschaft Leipzig die Verwaltung der zum Wahlkreise gehörenden Gemeinde Mäckern 60 Wähler, die bereits in den Wählerlisten eingetragen waren, nachträglich gestrichen habe, weil die Wähler am 1. Oktober 1909 aus Mäckern verzogen waren. Die Streichung der Wähler sei ungesetzlich, da sie nach Schluß der Wählerliste erfolgt sei. Die Wähler seien davon nicht in Kenntnis gesetzt worden, so daß es ihnen unmöglich gewesen sei, gegen diese Maßnahme den Rechtsweg zu beschreiten. Unter den Wählern sei das Vorgehen der Behörde erst kurz vor dem Wahltermine bekannt geworden und es habe Verwirrung hervorgerufen und dadurch das Wahlergebnis beeinträchtigt.“

Die Prüfung ergibt folgenden Tatbestand: Der Protest ist im wesentlichen auf eine irrtümliche Voraussetzung infolge begründet, als nicht der 16. September, sondern der 12. Oktober der Termin für den Abschluß der Wählerliste gewesen ist. Nach dem 12. Oktober aber sind nur noch 15 Wähler mit 20 Stimmen gestrichen worden, von denen ein Wähler mit einer Stimme im Wahlstotal erschienen ist, um zu wählen, jedoch zurückgewiesen wurde.

Die Frage, ob nach Schluß der Wählerliste infolge Verzugs aus dem Orte der Listenaufstellung noch Wähler gestrichen werden dürfen, ist strittig. Während § 13 der Ausführungsverordnung besagt, daß auch nach Abschluß der Wählerliste die Streichung von Wählern zu erfolgen hat in dem in § 10 des Gesetzes bezeichneten Falle, also nicht auf Grund des § 9, läßt § 2 Absatz 2 der Ausführungsverordnung indirekt erkennen, daß derjenige, der wählen will, noch am Orte der Listenaufstellung wohnen muß. Von den Amtshauptmannschaften ist, wie

bekannt, die Frage verschieden beantwortet worden. Angesichts des allernäherliegenden Resultates der Wahl im 2. Leipziger Wahlkreise erscheint aber die Behauptung des Protestes, daß durch das Vorgehen der Behörde in diesem Falle das Wahlergebnis wesentlich beeinträchtigt worden sei, als unhaltbar.

Es erhielten am 21. Oktober 1909:

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Rows: Seger (Soz.) 6862, Wappler (nat.-lib.) 6406, Engler (freil.) 4102, Brückner (kons.) 3092.

Man rechne die Stimmen der gestrichlenen Wähler sämtlich den Kandidaten der Reife nach zu und es ergibt sich, daß an dem Resultat nichts geändert wird. Die Mehrheit der beiden in die Stichwahl gekommenen Kandidaten Seger und Wappler ist so groß, daß ihnen der Rang nicht streitig gemacht werden kann.

Wenn dann im Protest hervorgehoben wird, es sei den gestrichlenen Wählern von der Behörde keine Mitteilung hierüber zugegangen, so ist zu bemerken, daß nur Entscheidungen über erhobene Einsprüche, welche nicht sofort ihre Erledigung gefunden haben, den Beteiligten zu eröffnen sind (§ 11 der Ausführungsverordnung).

Auf die im Protest angesogene ungesetzliche amtliche Wahlbeeinflussung braucht nicht näher eingegangen zu werden, da die Unterzeichner selbst bloß von einer „angeblich“ außerordentlichen Ratssitzung der Amtshauptmannschaft sprechen und überdies die Aufsichtsbürokraten verpflichtet sind, auf ergangene Anfragen den Gemeindeverwaltungen Ratssätze zu erteilen.

Zu bemerken ist noch, daß der Berichterstatter (Abg. Biener) dem Protest insofern beiträgt, als er für den Abschluß der Wählerliste den 10. September annahm und die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 15. Mai 1909, die als Termin für den Abschluß der Wählerliste den 12. Oktober festsetzt, anzweifelte. Die Abteilung beantragt nach alledem, die Kammer wolle beschließen, die Wahl des Abgeordneten Wappler im 2. Wahlkreise der Stadt Leipzig für gültig zu erklären.“

Soweit der Bericht.

In der am heutigen Montag stattfindenden Abend Sitzung der Zweiten Kammer mit der Tagesordnung: Wahlprüfungen, steht auch der Bericht über die Wahl des Abg. Wappler zur Beratung.

Offenheit und Verlogenheit. Einen unbezähmbaren Haß gegen die Arbeiterbewegung zeichnet bekanntlich das Limanblatt aus. Es ist nicht imstande, auch nur eine wahrheitsgemäße Zeile über die Arbeiterbewegung zu bringen. In seinem blinden Haß ist es daher sehr offen und plaudert das aus, was andere Scharfmacher entweder ganz abstreiten oder umschreiben, so daß man sie nicht gut beim Widel nehmen kann. Die heutige Nummer des genannten Blattes enthält in dem an erster Stelle stehenden Ragoutartikel folgenden Satz: „Die Eisenbahnverwaltung schließt mit vollem Recht ihren Betrieb gegen die Agitation des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes ab, um dem öffentlichen Verkehr die Streikgefahr fernzuhalten.“ So offen haben nicht einmal die Konservativen und hat nicht einmal der sächsische Polizeiminister die Rechtlosigkeit der untern Staatsangestellten in Sachsen zu proklamieren gewagt, wie dies, vom Limanblatt geschieht. Dabei ist nicht nur die Rechtlosigkeit der Angestellten proklamiert, sondern auch noch in der üblichen Nachrichtenmanier gekunkert und verdreht. Es handelt sich nicht um Agitation im Betrieb, sondern um Versammlungsbesuch, also um Ausübung von Staatsbürgerrechten außerhalb desselben. Von diesen jeder Staatsbürgerrechte entkleideten Angestellten gibt es vielleicht Hunderte, die Abnommen des ehrenwerten Papiers sind. Nun, wer sich von einem solchen Blatt so behandeln läßt, verdient's nicht besser.

Die objektive Berichterstattung der bürgerlichen Presse wird wieder einmal durch eine Notiz über die letzte Versammlung des Leipziger Gewerkschaftsartikels im Leipziger Tageblatt und den neuesten Nachrichten illustriert. Da heißt es, das Kartell habe gegen eine starke Minorität dem vorliegenden Entwurf zur Bildung eines Ratfonds zugestimmt. Hier ist zweifellos der Wunsch der Vater des Gedanken gewesen, denn die „starke Minorität“, von der der bürgerliche Zeitungsherr fabelt, bestand bei der Abstimmung aus ganzen drei Mann. Im übrigen richtet sich die Opposition der Minderheit nicht gegen die Schaffung des Fonds, sondern dagegen, daß die Angelegenheit nicht erst den einzelnen Gewerkschaften vorgelegt wurde. Der bürgerliche Berichterstatter ist also der Wahrheit in ziemlich weitem Bogen aus dem Weg gegangen. Viel nützen wird das den kapitalistischen Gegnern der Arbeiterfreiheit. Das Streben des edlen Zeitungsgewerkschafters, eine Uneinigkeit bei der Arbeiterchaft zu konstulieren, wird ebensowenig Erfolg haben, wie der seit Jahren vergeblich gemachte Versuch, die Mafseier totzu-schreiben.

Leipziger Adreßbuch. Der Nachtrag zum Jahrgang 1910 ist soeben erschienen und wird heute an ausgegeben. Er enthält alle seit dem Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Geschäftseröffnungen und Geschäftserweiterungen, sowie die Wohnungs- und Grundbesitzveränderungen und bildet somit eine wesentliche Bereicherung des Jahrgangs 1910. Der Nachtrag wird in der Expedition, Königsstraße 13, an alle Bestzer der Hauptausgabe 1910 unentgeltlich abgegeben.

Gabelsberger'sche Stenographie für Volksschüler. Immer größere Anforderungen stellt das praktische Leben an Arbeitszeit und Kraft des Einzelnen, namentlich in den Berufen, die ohne Schreibgeschäfte nicht auskommen. Das wesentlichste Hilfsmittel zur raschen und genauen Erledigung aller schriftlichen Arbeiten ist die Stenographie. Fernjungen aber wird sie den größten Nutzen gewähren, der schon früh mit ihrer Erlernung begonnen und bereits in jungen Jahren eine gewisse stenographische Fertigkeit erlangt hat. Mögen darum alle Eltern, deren Knaben oder Mädchen der Stenographie Interesse entgegenbringen, schon in den letzten Schuljahren ihrer Kinder, diese in Stenographie unterrichten lassen. Dann kann in den Ausbildungsjahren nach der Schulzeit schneller und besser das hohe Ziel erreicht werden, tüchtige Stenographen heranzubilden. Dank der Genehmigung des sächsischen Schulausschusses und des Entgegenkommens der Herren Schuldirektoren vermag die Lehrervereinigung Gabelsberger in Leipzig demnächst für die hiesigen Volksschüler Anfängerkurse in Gabelsberger'scher Stenographie einzurichten, wie sie in Dresden, Chemnitz und Plauen i. V. seit Jahren bestehen. In die Kurse werden Kinder der 2. und 1. Klassen aufgenommen. Anmeldungen nehmen freundlicherweise die Herren Klassenlehrer entgegen.

Fortbildungskurse für die aus der Schule entlassenen Mädchen. Seit drei Jahren hält der Leipziger Lehrerverein einen Fortbildungskursus für die Mädchen von 14 bis eine 20 Jahre alt ab. Die Kurse sind einjährig und sollen nur Vorarbeit für die Mädchen-Fortbildungsschule tun. Mit Recht wird im Eingang zum Lehrplan gesagt, daß man mehr als drei Stunden an einem Abend einer Woche den jungen Menschen, die schon ihre Tagesarbeit hinter sich haben, nicht zumuten könne. Der Lehrplan enthält die Themen: Selbst-

